

14

17/1/5-Hess.

1978

FÜR DIE LIBERALE ERNEUERUNG HESSENS

Programm der CDU Hessen
für die Landtagswahl 1978

CDU 
besser für Hessen!

FÜR DIE LIBERALE ERNEUERUNG HESSENS

Programm der CDU Hessen
für die Landtagswahl 1978

Im Anhang: Zehn liberale Leitsätze für
das Land Hessen und Flugblatt „Weg mit dem Aktenstaub“.

I N H A L T

=====

I. <u>Vorbemerkung</u>	Seite 5
II. <u>Demokratisches Grundprinzip - Wechsel in der politischen Verantwortung</u>	6
III. <u>Bildung in Freiheit</u>	7
1. Unterrichtsausfall beseitigen	7
2. Schulsystem vernünftig gliedern	8
3. Lehrpläne statt Rahmenrichtlinien	9
4. Elternrecht sichern	10
5. Bildungs- und Beschäftigungssystem	11
6. Sofortprogramm für geburtenstarke Jahrgänge	11
7. Neuordnung der Schulaufsicht	12
8. Die Schule muß wieder erziehen	12
9. Vorrang für Grundschulen	13
10. Sonderschulen - Chancen für Behinderte	13
11. Orientierungsphase im 5. und 6. Schuljahr	14
12. Hauptschule ist Hauptsache	14
13. Berufliche Bildung verstärken	15
14. Realschulen	15
15. Gymnasien	16
16. Freie Schulen fördern	16
17. Lehrerbildung	16
18. Erwachsenenbildung ausbauen	17
19. Freie und leistungsfähige Hochschulen	17
20. Denkmalschutz und Denkmalpflege als Kulturaufgabe	19
21. Kulturpflege regional ausgewogen fördern	20
IV. <u>Wirtschaftliche und soziale Sicherung der Zukunft</u>	21
1. Soziale Marktwirtschaft	21
2. Sichere Arbeitsplätze	22
3. Ausgewogene Regionalpolitik	22
4. Verkehrspolitik für die Zukunft	24
5. Sichere Energie - Grundlage des Wachstums	25
6. Mittelstand - Rückgrat der sozialen Marktwirtschaft	26
7. Fremdenverkehr schafft qualifizierte Arbeitsplätze	27
8. Land- und Forstwirtschaft im Dienste der Gesamtbevölkerung	27
9. Informierte Verbraucher - Voraussetzung für funktionierende Marktwirtschaft	28

10. Solide öffentliche Finanzen	Seite 29
11. Kommunale Finanzkraft stärken	30
12. Privatisierung - kein Dogma, aber Hilfe	30
<u>V. Soziale Gerechtigkeit - Dienst am Menschen</u>	32
1. Familien unterstützen	32
2. Gleichberechtigung der Frau	32
3. Für eine kinderfreundliche Gesellschaft	33
4. Jugend in Verantwortung	34
5. Sorge um ältere Mitbürger	35
6. Behinderte - Anspruch auf Hilfe	36
7. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler gehören zu uns	36
8. Ausländische Arbeitnehmer nicht alleine lassen	38
9. Bedarfsgerechte Gesundheitspolitik zu sozial tragbaren Kosten	38
<u>VI. Menschengerechter Städtebau - Verbesserung der Bedingungen des täglichen Lebens</u>	41
1. Menschengerechter Städtebau	41
2. Familiengerechtes Wohnen	41
3. Bedarfsgerechter Sozialwohnungsbau	42
4. Freizeit- und Naherholungseinrichtungen	42
5. Sport dient der Gesundheit	43
<u>VII. Umweltschutz - eine Zukunftsaufgabe</u>	44
1. Umweltvorsorge als Einheit	44
2. Lebenswichtiges Wasser	44
3. Abfallbeseitigung und Wiederverwendung	45
4. Schutz vor Luftverschmutzung und Lärmbelästigung	46
5. Mensch und Landschaft	46
<u>VIII. Recht, Sicherheit und öffentliche Verwaltung</u>	48
1. Bekenntnis zur wehrhaften Demokratie	48
2. Schutz der Bürger vor Verbrechen	48
3. Öffentlicher Dienst, Leistungsprinzip, Treuepflicht	49
4. Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst	50
5. Stärkung der Rechtspflege	50
6. Solide Verwaltungsreform	52
7. Freiheit der Medien garantieren	55
<u>IX. Hessen als Teil Deutschlands</u>	56
1. Für ein starkes und freies Europa	56
2. Deutschlandpolitik - Bekenntnis zur Wiedervereinigung	56
3. Verteidigung - Voraussetzung der Freiheit	57
4. Zusammenarbeit mit Bundesgrenzschutz	58
5. Verantwortung im Bundesrat	59

I. VORBEMERKUNG

=====

Die CDU Hessen legt ihr Programm für die Landtagswahl im Jahre 1978 vor. Das Programm schreibt die innerparteiliche Diskussion der letzten Jahre sowie der Landtagsarbeit seit Beginn der Wahlperiode 1974 bis 1978 fort. Die CDU Hessen hat sich in dieser Zeit auf Fachtagungen, Kongressen und in parlamentarischen Initiativen mit allen Bereichen der hessischen Landespolitik wegweisend befaßt.

Die Hessische CDU hat ihren Programmentwurf sehr frühzeitig der Öffentlichkeit vorgelegt. So war eine sehr eingehende Diskussion innerhalb und außerhalb der Partei möglich. Zahlreiche Organisationen, Verbände und interessierte Einzelpersonen haben zu dem Programmentwurf Stellung genommen. Viele Anregungen konnten in das Programm aufgenommen werden. Auch die Organisationen und Gliederungen der CDU Hessen haben sich intensiv mit dem Programmentwurf befaßt. Eine Fülle von Änderungsanträgen sowie redaktionelle Änderungen wurden eingearbeitet und berücksichtigt. Damit ist das vorliegende Programm das Spiegelbild einer lebendigen, offenen und kritischen Partei, die damit in den wesentlichen landespolitischen Fragen SPD und F.D.P. konkrete Alternativen gegenüberstellt.

Mit ihrem Programm will die CDU Hessen als stärkste politische Kraft diesem Land nach dem 8. Oktober 1978 neue Impulse und eine positive, liberale Richtung geben.

II. DEMOKRATISCHES GRUNDPRINZIP

=====

- WECHSEL IN DER POLITISCHEN VERANTWORTUNG

=====

- (1) Die CDU Hessen ist aus den Landtagswahlen von 1974 als stärkste politische Kraft hervorgegangen. Die Kommunalwahlen vom 20. März 1977 haben gezeigt, daß der Wähler auch in vielen Städten, Gemeinden und Landkreisen eine Verlängerung der SPD-Dauerherrschaft nicht mehr wünscht. Am 8. Oktober 1978 gilt es, die SPD/F.D.P.-Koalition abzulösen. Die SPD ist eine Partei, die sich in der über 33jährigen Dauerherrschaft verbraucht, verschlissen und in Skandale verstrickt hat. Ihre Männer an der Spitze können nur noch mühsam verwalten. Sie haben nicht mehr die Kraft, das Land zu führen. Sie sind nicht mehr in der Lage, die notwendigen Zukunftsentscheidungen zum Wohle der Bürger zu treffen.
- (2) Die F.D.P. hat es seit 1970 ermöglicht, eine sozialistische Politik in diesem Lande zu betreiben. Selbst als sich die Skandale (Helaba, Spendenaffären) häuften, hat die F.D.P. nicht die Kraft gefunden, sich aus der Umarmung der SPD zu lösen. Die CDU wollte den Weg freimachen und die Entscheidung in die Hände des Wählers zurückgeben. Dazu beantragte sie im Mai 1977 die Auflösung des Landtags. Die F.D.P. stimmte mit der SPD gegen die CDU. So hat es die F.D.P. zu verantworten, daß bis Ende 1978 diesem Land eine verbrauchte und unglaubwürdige Regierung und einem farblosen, entschlußschwachen Ministerpräsidenten zugemutet wird. Es bleiben die Fehler in der Schulpolitik, in der Hochschulpolitik, in weiten Bereichen der inneren Sicherheit, es bleibt die parteipolitische Verkrustung, die durch die Dauerherrschaft der SPD entstanden ist. Unter neuen Phrasen wird die alte, sozialistische Politik weiterbetrieben und als "Bürgernähe" verkauft. Am 17. Juni 1978 hat sich die F.D.P. erneut auf eine Koalition mit der SPD festgelegt. Sie will der SPD bewußt das 34. bis 37. Regierungsjahr ermöglichen. Damit hat die F.D.P. bewiesen, daß sie sich in Hessen nicht mehr aus der Umklammerung der SPD aus eigener Kraft lösen kann.
- (3) Die CDU Hessen ist angetreten, um als einzige Alternative in Hessen, als unverbrauchte Kraft das Vertrauen der Mehrheit der Bürger zur politischen Führung in diesem Lande zurückzugewinnen. Hessen verdient eine Regierung, der die Bürger wieder vertrauen können und die von Tatkraft, Entscheidungsfreude und Gestaltungswillen gekennzeichnet ist. Es gilt, Parteibuchwirtschaft, Ämterpatronage, eine von innerparteilichen Querelen gekennzeichnete SPD und deren skandalgezeichnete Politiker abzulösen.

III. BILDUNG IN FREIHEIT

=====

- (4) Der wichtigste Bereich der Landespolitik ist die Bildungspolitik. Bildung vollzieht sich in verantworteter Freiheit. Sie befähigt den heranwachsenden Menschen, sein Leben verantwortlich zu gestalten und seine Entwicklungschancen wahrzunehmen. Jedem Bürger eine seinen Anlagen und Fähigkeiten entsprechende Bildungschance zu geben, ist Pflicht des Staates; die Angebote wahrzunehmen, ist Recht des Staatsbürgers.
- (5) Die grundlegenden Wertentscheidungen unserer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung müssen das Bildungswesen und seine Institutionen prägen. In den Bildungseinrichtungen müssen diese Wertentscheidungen stets aufs neue einsichtig gemacht werden; Bildungseinrichtungen haben insoweit einen Treuhändcharakter für das Weiterleben unserer verfassungsmäßigen Grundordnung.
- (6) Das Bildungswesen muß den unterschiedlichen Begabungen und Fähigkeiten und dem unterschiedlichen Leistungsvermögen der Menschen gerecht werden und deshalb vielfältig gegliedert sein. Ein gleichmacherisches Bildungssystem zerstört die individuellen Entwicklungschancen und geht an der Wirklichkeit unserer hochdifferenzierten arbeitsteiligen Gesellschaft vorbei. Nur ein gegliedertes Bildungssystem, das Sackgassen vermeidet, kann auch zur sozialen Gerechtigkeit beitragen.
- (7) Bildung endet nicht mit einem beliebigen Bildungsabschluß, sondern vollzieht sich auch in beruflicher Erfüllung. Deswegen ist eine Verknüpfung des Bildungssystems mit der Berufswelt lebenswichtig.
- (8) Bildung soll Kultur erschließen, immer neue Generationen in die Überlieferung unseres Kulturkreises einführen. Insoweit ist Bildung ohne die Kenntnis geschichtlicher Zusammenhänge und Entwicklungen nicht denkbar. Daher muß der Geschichtsunterricht wieder in den Rang eingesetzt werden, der ihm auch verfassungsmäßig zusteht.
- (9) Das Bildungswesen ist im vergangenen Jahrzehnt durch schwerwiegende Fehlentscheidungen in Unordnung gebracht worden, die in Hessen einen besonderen Höhepunkt erreicht haben. Die unmittelbaren Folgen zeigen sich vor allem im Vertrauensschwund der Eltern gegenüber der Schule, in der kritischen Lage vieler Jugendlicher, die keine Ausbildungsmöglichkeiten finden, an der Schwelle zur Arbeitswelt scheitern. Die CDU wird deshalb in der Regierungsverantwortung auf diesem Gebiet eine entschiedene Kurskorrektur durchsetzen und das Bildungswesen entsprechend der öffentlichen Verantwortung für die hohen finanziellen Aufwendungen mit Vernunft und Augenmaß gestalten.

1. Unterrichtsausfall beseitigen

=====

- (10) Eine vorrangige Aufgabe der Schulpolitik ist es, den Unterrichtsausfall zu beseitigen. Es müssen deshalb mehr Lehrer unter Berücksichtigung der Mangelfächer eingestellt werden. Eine CDU-Landesregierung wird 1000 neue Lehrplanstellen schaffen.
- (11) Die vielfältigen Schulversuche in Hessen sowie weitere Entwicklungsvorhaben im Bereich der Kultusverwaltung werden mit der Zielsetzung durchforstet, unnötig vergeudete Lehrerarbeitszeit einzusparen und freiwerdende Arbeitskraft zur Abdeckung des Unterrichtssolls zu verwenden.

- (12) Um örtlich auftretende Engpässe der Unterrichtsversorgung (Schwangerschaftsurlaub, Krankheiten) zu überbrücken, wird eine sog. "Lehrerfeuerwehr" aufgestellt, die in solchen Fällen in flexibler Form einzusetzen ist. Die bereits von der CDU auf kommunaler Ebene im Bereich vieler Schulträger eingerichtete Lehrerfeuerwehr wird vom Land übernommen und auf 500 Stellen ausgeweitet.
- (13) Eine globale Arbeitszeitverkürzung für Lehrer kommt nicht in Betracht. Es ist jedoch gemeinsam mit anderen Bundesländern ein Konzept für eine Neuregelung der Lehrerarbeitszeit nach fachspezifischen und schulartspezifischen Gesichtspunkten zu erarbeiten.

2. Schulsystem vernünftig gliedern

- (14) Die CDU tritt für ein nach Begabungsschwerpunkten gegliedertes Schulwesen ein, das verschiedenartig aber gleichwertige Schullaufbahnen sowie Übergangsmöglichkeiten von einem Bildungsweg zu anderen (Durchlässigkeit) enthält. Damit wird das Recht der Eltern auf freie Wahl des Bildungswesens ihrer Kinder und das Recht des jungen Menschen auf Entfaltung seiner Persönlichkeit im Bildungswesen gewährleistet.
- Die einseitige Ausrichtung auf ein Einheitsschulssystem durch integrierte Förderstufen, Gesamtschulen, Einheitsstudentenafeln, Einheitslehrpläne (Rahmenrichtlinien) und Einheitslehrerbildung (Stufenlehrer), die von der bisherigen Landesregierung betrieben wurde, hat sich als ein extrem teures, wirklichkeitsfremdes und letztlich inhumanes Experiment erwiesen, das auf dem Rücken der Schüler, Eltern und Lehrer ausgetragen wurde.
- (15) Beim Ausbau des gegliederten Schulwesens wird eine von der CDU geführte Landesregierung folgende Maßstäbe anlegen:
- Das gegliederte Schulsystem im allgemeinbildenden und berufsbildenden Bereich wird nach dem Grundsatz der pädagogischen Eigenständigkeit der Schularten ausgebaut. Der berufsvorbereitende Charakter der Schule ist auch im allgemeinbildenden Schulwesen stärker zu beachten.
 - Die pädagogische Eigenständigkeit der Schularten wird durch die Lehrpläne und Studentenafeln sowie durch die Lehrerbildung gewährleistet.
 - Die Übergangsmöglichkeiten von einer Schulart zur anderen werden schrittweise durch Zusatzkurse, insbesondere Förderkurse, verbessert.
 - Für die Weiterentwicklung der integrierten und schulformbezogenen Gesamtschulen ist in erster Linie der Elternwille maßgebend. Die CDU wird auf diesem Gebiet eine Politik betreiben, die den Willen der Betroffenen berücksichtigt und alles vermeidet, was neue Unruhe im Schulwesen stiften würde. In Gebieten, in denen das weiterführende Schulwesen auf integrierte Gesamtschulen beschränkt ist, werden die Wahlmöglichkeiten der Eltern und Schüler durch ein konkurrierendes Angebot mit Schulen des gegliederten Schulsystems wiederhergestellt. Ein wissenschaftlich offener System- und Leistungsvergleich zwischen beiden Schulsystemen soll als Entscheidungshilfe für die künftige Schulentwicklungsplanung dienen.
 - Rechtswidrige Maßnahmen der bisherigen Landesregierung, durch die die Haupt- und Realschulen, die Unter- und Mittelstufe der Gymnasien sowie schulform-

- bezogenen Gesamtschulen auf den Weg der Einheitsschule gedrängt wurden, werden zugunsten des Prinzips der pädagogischen Eigenständigkeit zurückgenommen.
- Die Bildungsinhalte und Bildungsabschlüsse der integrierten Gesamtschule werden so definiert, daß die Gleichwertigkeit mit den Abschlüssen im gegliederten Schulwesen gesichert ist. Damit wird eine Quelle ständiger Unsicherheit, die aus dem Versuchscharakter der Schulen erwachsen ist, beseitigt.
 - Massenschulen werden nicht mehr gebaut. Übergroße Schulsysteme sind pädagogisch schädlich, verkomplizieren die Verwaltung und ziehen hohe Nebenkosten, insbesondere durch Schülertransporte, nach sich. Neue Baurichtlinien sollen unter anderem berücksichtigen
 - maßvolle Richtgrößen für die Schülerzahlen,
 - das Verbot fensterloser Schulräume,
 - ausreichende Klassenräume, so daß jeder Schüler in der Schule "seinen Platz" hat,
 - genügend große Aufenthaltsräume und Schulhöfe, die auch zum Spielen geeignet sind.

3. Lehrpläne statt Rahmenrichtlinien

- (16) Der Versuch, durch Rahmenrichtlinien die Bildungsinhalte der Schulen in Hessen zu erneuern, ist gescheitert. Dafür sind vor allem folgende Gründe maßgeblich:
- Als Einheitslehrpläne für alle Schüler gehen die Rahmenrichtlinien an der Schulwirklichkeit vorbei. Ein wesentlicher Teil der bisher vorgelegten Rahmenrichtlinien hält trotz vielfältiger Proteste in der gesamten Öffentlichkeit immer noch an einem marxistischen Grundkonzept fest und zielt so auf gesellschaftliche Intoleranz und Klassenkampf. Der Versuch, den Unterricht bis in alle Einzelheiten zu regeln, zerstört die Lehrfreiheit des Lehrers und nimmt ihm jede pädagogische Initiative. Die Absicht, im Wege der Lernzielsetzung eine Verhaltenssteuerung der Schüler betreiben zu wollen, und so die Schule als Hebel der Gesellschaftsveränderung zu mißbrauchen, ist verfassungswidrig.
- (17) Eine von der CDU gestellte Regierung wird bei der Festlegung der Bildungsinhalte einen sinnvolleren Weg beschreiten:
- die Erprobung der Rahmenrichtlinien wird beendet, die umstrittenen Rahmenrichtlinien für Gesellschaftslehre, Deutsch und Biologie werden unverzüglich zurückgezogen und mit Zustimmung des Landeselternbeirates durch parteipolitisch neutrale Lehrpläne ersetzt.
 - Die Bildungsziele und die wesentlichen Normen, an denen sich die Lehrpläne zu orientieren haben, werden durch Gesetz geregelt. Für diese Regelung, mit der die Gebote der Schulartikel der Hessischen Verfassung gesetzgeberisch ausgestaltet werden, wird eine breitere Übereinstimmung in der gesamten Bevölkerung erstrebt.
 - Die Bildungspläne der einzelnen Schularten und die Lehrpläne für die Unterrichtsfächer sollen Grundsätze und Mindestanforderungen enthalten und keine Detailregelungen treffen.

- d) Für die Arbeit an den neuen Lehrplänen werden Wissenschaftler und Schulpraktiker herangezogen, die nicht nur einseitig einer weltanschaulichen Richtung verpflichtet sind.
Demokratisches Denken verlangt von neuen Lehrplänen grundsätzlich, daß sie
- die Entfaltungsmöglichkeiten der Schüler und Lehrer verbessern,
 - die Verpflichtung des einzelnen gegenüber unserem Staat und unserer Gesellschaft berücksichtigen,
 - dem gemeinsamen Erziehungsauftrag von Elternhaus und Schule gerecht werden.
- e) Die neuen Lehrpläne sollen einem geordneten und systematischen Wissensaufbau dienen. Die selbständigen Unterrichtsfächer Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde werden wiederhergestellt. Dabei ist auch die Ostkunde zu berücksichtigen. Ein integriertes Fach Gesellschaftslehre wird es nicht geben.
- f) Rechtskunde und Wirtschaftskunde erhalten innerhalb der politischen Bildung einen gesicherten Platz.
- (18) Eine CDU-Landesregierung wird das Schulbuchwesen auf verbesserte Grundlagen stellen:
- a) Schulbücher sollen dazu dienen, das Vermitteln von Wissen und den Aufbau von Urteilskraft zu erleichtern. Politisch indoktrinierende Schulbücher und Unterrichtsmaterialien dürfen nicht zugelassen werden.
 - b) Das Zulassungsverfahren für Schulbücher wird neu geordnet; Die Anonymität der Schulbuchgutachten wird aufgegeben; alle Zulassungskriterien werden veröffentlicht.
 - c) Im System der Lernmittelfreiheit wird die Übereignung von Schulbüchern schrittweise eingeführt und das bisherige Ausleihverfahren abgebaut.

4. Elternrecht sichern

- (19) Grundgesetz und Hessische Verfassung garantieren das vorrangige Erziehungsrecht der Eltern. Im Bereich der Schule haben Staat und Elternhaus nach dem Willen des Bundesverfassungsgerichtes einen gemeinsamen und gleichgeordneten Erziehungsauftrag. Im Zweifelsfall gilt jedoch auch hier der grundgesetzlich verankerte Vorrang des elterlichen Erziehungsrechtes gegenüber dem staatlichen Erziehungsanspruch.

Die hessische Schulpolitik der letzten Jahre hat diesen Grundsatz verlassen, den Elternwillen ständig mißachtet und die Schüler einseitigen Ideologien ausliefert.

- (20) Die CDU wird deshalb das individuelle Elternrecht stärken:
- durch eine sofortige Änderung der Schulgesetzgebung,
 - durch freie Wahl der Bildungswege,
 - durch eine Gestaltung der Bildungsinhalte, die dem partnerschaftlichen Auftrag von Schule und Elternhaus entspricht.

Für die Verbesserung der Elternmitbestimmung gelten folgende Grundsätze:

- a) Die Elternschaft wird über alle wesentlichen Schulangelegenheiten rechtzeitig und umfassend informiert. Nur gut informierte Eltern können ihr Mitbestimmungsrecht wirklich ausüben.

- b) Schulexperimente dürfen grundsätzlich nur mit Zustimmung der Eltern durchgeführt werden.
- c) Die Elternvertretungen werden auch an der Schulentwicklungsplanung beteiligt.
- d) Die Elternvertretungen dürfen nicht, wie es von starken Kräften in SPD und F.D.P. angestrebt wird, in gemischten Gremien von Elternbeiräten, Schülervertretern und Personalvertretungen der Lehrer untergehen.
- e) Eine CDU-Mehrheit wird die Arbeit des Landeselternbeirates, insbesondere seine Informationstätigkeit gegenüber den Kreiselternbeiräten, materiell unterstützen.

5. Bildungs- und Beschäftigungssystem

- (21) Die CDU wird der Auseinanderentwicklung von Bildungs- und Beschäftigungssystem mit korrigierenden Maßnahmen entgegenzutreten.
- Dazu gehören
- eine verstärkte und schulbegleitende Bildungs- und Berufsberatung,
 - der Ausbau des gegliederten Bildungswesens mit dem Ziel, auf allen Altersstufen eine Aufgliederung nach Begabung und Leistung ohne das Entstehen von Bildungssackgassen zu ermöglichen,
 - die Aufwertung der mittleren Abschlüsse und der beruflichen Bildung,
 - konkurrierende Angebote zum akademischen Studium.

6. Sofortprogramm für geburtenstarke Jahrgänge

- (22) Der Andrang der geburtenstarken Jahrgänge führt auch in den nächsten Jahren noch zu schwierigen Engpaßsituationen
- in den weiterführenden Schulen,
 - in der betrieblichen Ausbildung und
 - in den Hochschulen.

Dafür sind von der Koalitionsregierung keine Vorbereitungen getroffen worden. Eine von der CDU geführte Landesregierung wird daher ein Sofortprogramm entwickeln, um zu verhindern, daß immer mehr junge Menschen vor verschlossenen Türen stehen.

Elemente dieses Sofortprogramms sind:

- a) Die Unterrichtskapazität wird verbessert. Vorübergehende Raumprobleme in den weiterführenden Schulen werden durch Pavillonbauten überbrückt.
- b) Eine CDU-Landesregierung wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, daß die Ausbildungsvorschriften von unnötiger Bürokratisierung und überflüssigem Verwaltungsaufwand befreit werden. Private und öffentliche Ausbildungsbetriebe sollen auch über den augenblicklichen Bedarf hinaus ausbilden. Das kann nicht durch Zwang erreicht werden. Es ist dazu vor allem auch eine Verbesserung des Ausbildungsklimas notwendig.
- c) An den Hochschulen wird durch die neu zu schaffende Position des Professors auf Zeit zusätzliche Lehrkapazität zur Verfügung gestellt. Die durch die gegenwärtige verfehlte Hochschulstruktur in Teilbereichen des Hochschulwesens stattfindende Vergeudung von Arbeitszeit und Haushaltsmitteln wird durch

eine neue Gesetzgebung und durch Rationalisierungskontrollen abgestellt.

- d) Die CDU wird die in anderen Bundesländern bewährte Annahmekarte für Ausbildungsplatzbewerber einführen, um die Chance für Schulabgänger zu verbessern.

7. Neuordnung der Schulaufsicht

- (23) Die Kommunalisierung der Schulaufsicht (Eingliederung der unteren Schulaufsichtsebene in die Behörde des Landrats bzw. Oberbürgermeisters) durch die gegenwärtige Landesregierung von SPD und F.D.P. macht die Schulaufsicht teurer und schlechter, drängt schulfachliche Gesichtspunkte zugunsten einer Politisierung zurück und behindert eine gleichmäßige landesweite Schulentwicklung. Die CDU hält am Grundsatz der staatlichen Fachaufsicht im Schulwesen fest und strebt folgende inhaltliche und organisatorische Änderungen und Ergänzungen an:

Den Schulen werden weitere Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse in eigener Zuständigkeit übertragen. Mehrere Schulaufsichtsbereiche werden zu einem selbständigen Schulamt für alle Schulformen unter Beachtung regionaler Gesichtspunkte zusammengefaßt, damit auch für Flächenkreise die Bürgernähe dieser Behörde gewährleistet ist. Die Schulabteilungen der Regierungspräsidenten haben weiterhin die zentrale Aufgabe für Personal und Koordinierung.

- (24) Das hessische Schulrecht ist durch eine unübersehbare Flut von Erlassen und anderen allgemeinen Verwaltungsvorschriften chaotisch geworden und muß deshalb durchforstet und neu geordnet werden. Mehr Übersichtlichkeit und Vereinfachung sind dringend erforderlich. Eine CDU-Landesregierung wird daher die Zahl der Vorschriften im Bereich des Schulwesens rigoros vermindern und eine Rechtsbereinigung unverzüglich in Angriff nehmen.

8. Die Schule muß wieder erziehen

- (25) Die Aufgabe des Erziehens ist im Bildungswesen der letzten Jahre in gefährlicher Weise zurückgedrängt worden. Zunehmende Schulschwierigkeiten und psychische Schäden sind die sichtbare Folge. Fehlentwicklungen unserer hochzivilisierten Gesellschaft sind durch das Schulsystem nicht ausgeglichen, sondern verstärkt worden. Deshalb wird eine CDU-Landesregierung innerhalb ihres Konzeptes zu einer schulpolitischen Kurskorrektur die Aufgabe des Erzieherischen wieder in den Vordergrund stellen.

- (26) Es wird ein ständiger Erfahrungsaustausch von Lehrern, Ärzten, Psychotherapeuten und Psychologen mit den Eltern und Vertretern von Schulpolitik und Schulverwaltung eingerichtet. Weitere Maßnahmen auf diesem Gebiet sind:

- die Entwicklung zu Massenschulen wird durch Festlegung von Obergrenzen der Schülerzahlen gestoppt,
- den drohenden Schulschließungsplänen der jetzigen Landesregierung setzt die CDU eine Bestandsgarantie für die kleinen Schulen entgegen, vor allem in den dünner besiedelten, weiträumigen Landesteilen,
- der Ausbau eines Schulsystems, das den unterschiedlichen Begabungsschwerpunkten Rechnung trägt,
- die Förderung aller Bildungsgänge, in denen praktische und handwerkliche Begabungen zum Zuge kommen,

- Förderung der musischen Bildung,
- die Intensivierung des Schulsports,
- die Einschränkung von Kurssystemen,
- die Stärkung des personalen Bezugs durch das Klassenlehrersystem, besonders in den Grund- und Hauptschulen,
- die frühzeitige Förderung von Schülern, bei denen Schulschwierigkeiten auftreten, um deren Verweisung auf Sonderschulen möglichst zu vermeiden.

9. Vorrang für Grundschulen

- (27) Die Bildungspolitik der CDU setzt einen deutlichen Schwerpunkt bei dem Bemühen um eine solide Grundschule. Sie legt ein gleiches Bildungsfundament für alle und führt in behutsamer Form zum späteren Fachunterricht. Auf keiner Altersstufe sind Schüler so sehr auf feste Bezugspersonen angewiesen: Deshalb tritt die CDU für das Klassenlehrersystem ein. Auf keiner Altersstufe ist die Aufnahmefähigkeit und die Empfindlichkeit gegenüber unpersönlichen Massensystemen größer: Deshalb tritt die CDU für kleine Grundschulklassen ein. Weiterhin soll sich die Grundschulentwicklung an folgenden Zielen orientieren:

- a) Die Grundschulklassen sollen mittelfristig nicht mehr als 25 Schüler haben.
- b) Bei der Festlegung von Grundschulstandorten sind strenge Maßstäbe an das Gebot der Wohnortnähe anzulegen. Auch einzügige Grundschulen - besonders in ländlichen Bereichen - bleiben erhalten.
- c) Die Schulwege sollen so bemessen sein, daß die Schülertransporte - soweit sie nicht zu vermeiden sind - ein Maximum von 20 Minuten Fahrtdauer nicht überschreiten.
- d) Die Kulturtechniken - Lesen, Schreiben, Rechnen - die durch fachwissenschaftlich orientierten Unterricht zurückgedrängt worden sind, sollen ebenso wie die musischen Fächer wieder größere Bedeutung erlangen.

- (28) Die vorschulische Förderung ist als freiwilliges Zusatzangebot zu verwirklichen und vorrangig den Kindergärten zuzuordnen. Vorschulische Förderung heißt für die CDU nicht: Vorverlegung der Schule. Verfrühungen und Überforderungen müssen vermieden werden.

Die vorschulische Förderung soll besonders den leistungsschwächeren in ihrer Entwicklung gehemmten Kindern verbesserte Startchancen für die Schule geben. Hierbei hat die musische Erziehung und die Förderung der sprachlichen Ausdrucksfähigkeit besonderes Gewicht.

10. Sonderschulen - Chancen für Behinderte

- (29) Die öffentliche Zuwendung zu den Sonderschulen ist eine der wichtigsten Bewährungsproben für die Idee der Humanität im Bildungswesen. Eine Landesregierung der CDU wird deshalb einen Sonderschulentwicklungsplan für Hessen erarbeiten. Als herausragende Entwicklungsziele gelten:

- a) Auf jeder Altersstufe des Sonderschulwesens muß die Möglichkeit des Übergangs auf die Grundschule oder Hauptschule überprüft werden.
- b) Die Gliederung der einzelnen Sonderschultypen ist ausschließlich nach Behinderungsarten auszurichten.

- c) Für Lernbehinderte sollen an den Berufsschulen zusätzliche Kurse eingerichtet werden, die auf die besondere Lage dieser Jugendlichen Rücksicht nehmen.
- d) Maßnahmen der Berufsvorbereitung und Berufsfindung, die den andersschulbedürftigen Jugendlichen einen gleitenden Übergang in ein Arbeitsleben ermöglichen, haben besonderes Gewicht.

11. Orientierungsphase im 5. und 6. Schuljahr

- (30) Die schulformunabhängige Orientierungsstufe (Förderstufe) hat sich als pädagogischer Fehlschlag erwiesen, weil sie
 - die unterschiedlichen Begabungen nicht genügend berücksichtigt,
 - einen Teil der Schüler ständig überfordert und andere Schüler dagegen in ihrer Entwicklung hemmt,
 - keine zusätzlichen Entscheidungshilfen für die richtige Schullaufbahn gibt und die freie Wahl der Schulart unnötig einschränktund weil nirgendwo in Hessen die im Schulverwaltungsgesetz vorgesehenen praktischen Voraussetzungen der Förderstufe gegeben sind.
- (31) Die CDU tritt deshalb dafür ein, daß das 5. und 6. Schuljahr an allen weiterführenden Schulen als Orientierungsphase konzipiert wird und nicht als eigenständige Stufenschule, die mit unerfüllbaren Versprechungen belastet ist. In der Orientierungsphase des 5. und 6. Schuljahres sollen die verschiedenen Schulformen soweit wie möglich zusammenwirken, damit Fehlentscheidungen nach dem Grundschulabschluß korrigiert werden können. Die Einteilung in Niveaueurse und das System der Auf- und Abstufungen entfällt zugunsten des Klassenverbandes. Der Wechsel zwischen den einzelnen Schulformen muß leicht möglich sein.

12. Hauptschule ist Hauptsache

- (32) Die Bildungspolitik des letzten Jahrzehnts war einseitig auf den Erwerb intellektueller Fähigkeiten, auf die Vermehrung der Abiturienten- und Studen-tenzahlen gerichtet. Die Hauptschule ist dabei immer mehr verkümmert. Die Bildungspolitik der CDU will der Hauptschule dagegen ihren Eigenwert und ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen weiterführenden Schularten zurückgeben:
 - a) Die Hauptschule braucht eine eigenständige Studentafel. Sie soll pädagogisch besonders auf den Bereich der praktischen Berufe und der künftigen Berufsausbildung ausgerichtet sein. In der Regierungsverantwortung der CDU wird die Hauptschule durch einen differenzierten arbeits-technischen Unterricht, der die Schüler in wesentlichen Berufsfeldern orientiert, einen neuen Schwerpunkt erhalten. Betriebserkundungen und Betriebspraktika, die die Berufsfindung erleichtern, werden zu festen Bestandteilen des Unterrichts.
 - b) Dem Klassenlehrer soll es ermöglicht werden, mehr Unterrichtsstunden in seiner Klasse zu erteilen.
 - c) Das 10. Schuljahr soll als Förderungsmaßnahme auf freiwilliger Grundlage vorrangig in der Form des Berufsvorbereitungsjahres bzw. des Berufsgrundbildungsjahres gestaltet werden.

13. Berufliche Bildung verstärken

- (33) Die beruflichen Schulen waren bisher der "Hinterhof der hessischen Bildungspolitik". Eine CDU-Regierung wird dies ändern. Sie wird der Berufsschule den Rang geben, der ihr als Bildungsstätte für den überwiegenden Anteil der jungen Generation zukommt. Für sie sind allgemeine und berufliche Bildung gleichrangige Aufgaben. Dies muß sich auch in den Mittelzuweisungen ausdrücken.
- (34) Schulische und betriebliche Ausbildung müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Die Unterrichtsinhalte müssen sich an den Bedürfnissen und Anforderungen der Schüler im Hinblick auf ihr späteres Berufsleben orientieren. Eine CDU-Landesregierung wird deshalb ein stärkeres Zusammenwirken von Schule und Ausbildungsbetrieb organisieren. Dabei sollen örtliche Gesprächskreise zwischen Wirtschaft und Schule Vorarbeiten leisten.
- (35) Der Ausbau der beruflichen Grundbildung wird gefördert. Die kooperative Form des Berufsgrundbildungsjahres hat Vorrang.
- (36) Die Haushaltsansätze für Lehr- und Lernmittel in den beruflichen Schulen werden erhöht.
- (37) Überbetriebliche Ausbildungsstätten werden auch in strukturschwachen Gebieten gefördert. Sie sollen das duale Ausbildungssystem ergänzen, d.h. Lücken schließen, die die betriebliche und schulische Ausbildung offen läßt und nicht die betriebliche Ausbildung ersetzen. Schaffung und Trägerschaft von überbetrieblichen Ausbildungsstätten sollen maßgeblich der privaten gewerblichen Wirtschaft anvertraut werden.
- (38) Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen, Fachoberschulen und berufliche Gymnasien sind mit der Teilzeitberufsschule organisatorisch zu verbinden. Eine "Integration" der beruflichen Bildung in die allgemeinbildende Oberstufe lehnt die CDU ab. Durch solche Maßnahmen wird die eigentliche Berufsqualifizierung verfehlt.
- (39) Der berufliche Phasenunterricht (Blockunterricht) wird energisch vorangetrieben, um die Ausbildung in sinnvolle Abschnitte zu gliedern und Leerlauf zu vermeiden. Nur so kann die Ausweitung des schulischen Anteils auf 12 Wochenstunden mit den betrieblichen Anforderungserfordernissen in Einklang gebracht werden.
- (40) Als Alternative zu wissenschaftlich-theoretischen Studiengängen werden Modellversuche mit Berufsakademien bzw. betriebsbezogene Ausbildungsgänge an den Fachhochschulen errichtet. Sie gewährleisten eine Ausbildung in dualer Form und stehen auch für Bewerber mit mittleren Bildungsabschlüssen offen.

14. Realschulen

- (41) Die CDU mißt der Entwicklung der Realschule und den mittleren Bildungsabschlüssen eine erhöhte Bedeutung bei. Die Realschule ist als allgemeinbildende Schule weder einseitig berufsbezogen noch studienorientiert. Sie gewährleistet eine abgeschlossene Bildung mit der Berechtigung zum Übergang auf Gymnasien und berufliche weiterführende Schulen. Auch in dieser Schulart ist die Berufsvorbereitung zu verstärken. Dies wird durch Gruppierungen von Wahlpflichtfächern geschehen, in denen technische, wirtschaftliche, hauswirtschaftliche und gestalterische Grundkenntnisse vermittelt werden. Deshalb wird es in Hessen wieder möglich werden, mit steigendem Zuspruch auch neue Realschulen zu bauen. Das Bildungsangebot der Realschule entspricht so den Forderungen nach qualifiziert ausgebildeten

Schülern, die in der Lage sind, als Fachleute und mittlere Führungskräfte eingesetzt zu werden.

15. Gymnasien

- (42) Das Gymnasium muß als einheitlicher, nicht in Stufen zersplitterter Bildungsgang erhalten werden. Gegenüber den Vorstellungen von einer "Doppelqualifikation" von zugleich allgemeiner und berufsbildender Art hält die CDU daran fest, daß die Aufgabe des Gymnasiums durch das Ziel der Allgemeinbildung und der Studierfähigkeit definiert wird.
- (43) Die CDU bejaht die Entwicklung zu mehreren Gymnasialtypen mit unterschiedlichen Schwerpunkten und die verstärkte Schwerpunktbildung in der Oberstufe. Jedoch muß die gegenwärtige extreme Aufsplitterung in der gymnasialen Oberstufe, die durch das sog. KMK-Modell entstanden ist, in bundesweiter Übereinkunft überwunden werden, damit die allgemeine Hochschulreife gesichert bleibt. Insbesondere muß im Oberstufenunterricht die Allgemeinbildung durch einen Kernbestand von verbindlichen Fächern (mindestens Deutsch, Mathematik, eine Fremdsprache, eine Naturwissenschaft, Gemeinschaftskunde) gesichert werden. Der gesamte Bildungsgang des Gymnasiums muß vertiefte Kenntnisse in mindestens zwei Fremdsprachen vermitteln. Geschichte muß auch in der Oberstufe als selbständiges Fach zur Geltung kommen.

Die CDU wird keine weiteren isolierten Oberstufenschulen errichten. Sämtliche Gymnasialstandorte bleiben erhalten.

16. Freie Schulen fördern

- (44) Nichtstaatliche, freie Schulen sind Bestandteil einer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie müssen daher auch in Zukunft frei eröffnet und frei geführt werden können. Auch im Bildungswesen zeitigt ein Staatsmonopol keine guten Früchte. Vielmehr hat der Staat die Aufgabe, sich für die Existenzsicherung der Privatschulen aktiv einzusetzen.
- (45) Die Erfahrung lehrt, daß freie Schulen oft Schrittmacher der pädagogischen Weiterentwicklung sind. Sie entlasten außerdem Staat und Gemeinden finanziell. Die CDU wird einen pädagogischen Wettbewerb und im organisatorischen Bereich ein geordnetes Miteinander zwischen staatlichen und freien Schulen ermöglichen.

Die Begabtenförderung in staatlicher wie privater Hand wird gefördert.

17. Lehrerbildung

- (46) Die hessische Lehrerbildung muß auf neue Grundlagen gestellt werden. Sie muß wieder mehr Rücksicht auf die pädagogische Eigenständigkeit der Schulformen nehmen. Der erzieherische Auftrag ist stärker in den Vordergrund zu rücken; die Politisierung, die in vielen Fächern Platz gegriffen hat, muß hinter fachlichem Können und schulpädagogischer Befähigung zurücktreten.

a) Eine CDU-Landesregierung wird die Ausbildung den Lehrämtern für Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, berufliche Schulen, Gymnasien und

und Sonderschulen zuordnen. Für jedes dieser Lehrämter soll die Möglichkeit von Zusatzqualifikationen geschaffen werden, die den Einsatz in mehreren Schulformen zulassen, wie es bereits in einem Gesetzentwurf der CDU niedergelegt ist.

- b) Das Hessische Institut für Lehrerfortbildung ist in den letzten Jahren dazu mißbraucht worden, politische Zielvorgaben in der Lehrerschaft durchzusetzen. Die CDU wird diesen Mißbrauch beenden und das Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung auflösen. In Zusammenarbeit mit den Lehrern wird das Institut für Lehrerfortbildung wieder seinen eigentlichen Aufgaben, nämlich der pädagogischen und fachlichen Fortbildung, gewidmet. Die Einrichtungen der Lehrerfortbildung sollen auch interessierte Eltern in ihre Veranstaltungen einbeziehen.

18. Erwachsenenbildung ausbauen

- (47) Die CDU tritt für einen weiteren Ausbau der Erwachsenenbildung ein. Die heutige Zeit verlangt nach ständiger Wissenserweiterung und Weiterbildung. Die im Vergleich zu früher kürzere Arbeitszeit gibt die Möglichkeit, durch Weiterlernen Freizeit sinnvoll auszufüllen.

Es ist ein System der Weiterbildung anzustreben, das im beruflichen, gesellschaftlich-politischen und persönlichen Bereich Hilfen zur Persönlichkeitsentfaltung und zur Daseinsbewältigung gibt und die Bereitschaft weckt, unsere verfassungsmäßige Ordnung zu unterstützen und mitzugestalten.

- (48) Ein zeitgerechtes Erwachsenen- und Weiterbildungsangebot stützt sich auf öffentliche und freigemeinnützige Träger der Bildungsarbeit. Die freigemeinnützigen Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind auf Dauer bei der Förderung ihrer Bildungsangebote grundsätzlich gleichrangig wie die Volkshochschulen staatlich zu fördern. Die besondere Arbeitsform der Heimvolkshochschulen ist dabei mitzubedenken. Die CDU wird ferner die Bildungsarbeit der Jugendverbände der Förderung der Erwachsenenbildung gleichstellen.
- (49) Die CDU befürwortet ein außerschulisches Angebot der Weiterbildung, das es jedem ermöglicht, nachträglich Schulabschlüsse bis hin zur Hochschulreife zu erlangen. Solche Maßnahmen sind gesondert zu fördern.
- (50) Die vom Staat getragene oder geförderte politische Bildungsarbeit muß auf dem Boden der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie erfolgen. Die Landeszentrale für politische Bildung muß allen demokratischen politischen Richtungen und der Vielfalt der freien Träger im Land Hessen gerecht werden.

19. Freie und leistungsfähige Hochschulen

- (51) Für die CDU ist die Leistungsfähigkeit der Hochschulen mit der Wissenschaftsfreiheit und der Qualität von Forschung, Lehre und Studium untrennbar verbunden. Durch Bildungsexpansion ohne Augenmaß, Qualitätsminderung, Politisierung, Überbetonung des Gruppenprinzips und ausufernde Gremienwirtschaft sind die hessischen Hochschulen in eine Sackgasse geführt worden. Die CDU wird das Hochschulwesen auf eine neue gesetzliche Grundlage stellen und dabei folgenden Prinzipien beachten:

- a) Die Freiheit der Forschung, der Lehre und des Lernens wird als Individualrecht institutionell verankert und gegen Kollektivismus geschützt.
- b) Der freiheitliche Rechtsstaat hat die Pflicht, an den Hochschulen wissenschaftliche Wahrheitsfindung unabhängig von politischen Dogmen, parteipolitischen Mehrheiten und frei von kollektivistischen Zwängen zu ermöglichen.
- c) Wir treten entschieden für die Pluralität wissenschaftlicher Lehrmeinungen ein. Wissenschaftspluralismus darf aber nicht als paritätisches Verhältnis ideologischer und politischer Meinungen mißverstanden werden. Wissenschaftspluralismus konkretisiert sich in der Vielfalt wissenschaftlicher Arbeitsmethoden.
- (52) Die Leistungsfähigkeit der Hochschulen wird vor allem dadurch gestärkt, daß
- der Staat in stärkerem Maße die Verantwortung für die Personal- und Wirtschaftsverwaltung der Hochschule übernimmt,
 - die akademische Selbstverwaltung so organisiert wird, daß die Entscheidungskompetenz nach Wissen und Können zugeordnet werden,
 - die Zuweisung der Lehr- und Forschungsmittel von Leistungsnachweisen abhängig gemacht wird.
- (53) Die Auseinanderentwicklung von Bildungssystem und Beschäftigungssystem und die drohende Akademikerarbeitslosigkeit wird durch eine Reihe von Korrekturen im gesamten Bildungssystem bekämpft. Dazu gehören
- verstärkte und kontinuierliche Bildungs- und Berufsberatung in der Schule,
 - Ausbau des gegliederten Schulwesens mit dem Ziel, auf allen Altersstufen eine Verteilung nach Begabung und Leistung ohne das Entstehen von Bildungssackgassen zu ermöglichen,
 - Aufwertung der mittleren Bildungsabschlüsse und der beruflichen Bildung.
- Bei der Verteilung der Mittel für die Hochschulhaushalte sind die Erfordernisse des Arbeitsmarktes stärker zu berücksichtigen.
- (54) Die Hessische CDU setzt sich für Maßnahmen ein, die geeignet sind, die Selbstverantwortung des Studenten zu stärken. Dazu gehört auch die stärkere Umstellung der Ausbildungsförderung auf ein Darlehenssystem.
- (55) Die Funktion der Kollegialorgane wird durch die organisatorische Selbständigkeit der wissenschaftlichen Institute, die Daueraufgaben erfüllen, eingeschränkt. Die Mitwirkung in den Kollegialorganen richtet sich nach dem Grundsatz, daß den Hochschullehrern bei Angelegenheiten der Forschung, der Lehre und bei Berufsfragen das bestimmende Gewicht zukommen muß.
- (56) Die Studienreform ist fachbezogen und in jedem Fach landesweit voranzutreiben. An diese Aufgabe sind auch Sachkundige aus der beruflichen Praxis zu beteiligen.
- (57) Die vom Hochschulrahmengesetz vorgesehenen Regelstudienzeiten sind zu bejahen, sofern Prüfungs- und Studienordnung diesem Ziel angepaßt werden können.
- (58) Es wird ein Ordnungsrecht eingeführt, um notorischen Störern und Rechtsbrechern an den Hochschulen entgegenzutreten. Die Ordnungsmaßnahmen sollen vom schriftlichen Verweis bis zum Ausschluß vom Studium auf mehrere Jahre gestaffelt sein.

- (59) Die studentischen Vertretungsorgane müssen in freier, gleicher und geheimer Briefwahl zustandekommen. Die Aufgaben der Studentenschaft werden mit Mitteln aus dem Etat der Hochschule bestritten. Die Zwangsbeiträge der Studenten werden abgeschafft. Es besteht kein allgemeines politisches Mandat der Studentenschaft.
- (60) Im Bildungskonzept der CDU haben die Fachhochschulen einen eigenständigen Auftrag. Sie sollen durch anwendungsbezogene Lehre auf berufliche Tätigkeiten vorbereiten, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden oder die Fähigkeit zu künstlerischer Gestaltung erfordern. Im Rahmen ihres Bildungsauftrages nehmen sie auch Forschungs- und Entwicklungsaufgaben wahr. Der Praxisbezug der Fachhochschulen soll durch engen Kontakt mit Vertretern und Einrichtungen der beruflichen Praxis und der Wirtschaft gestärkt werden. Der Zugang zu den Fachhochschulen ist stärker für junge Menschen mit mittleren Bildungsabschlüssen und abgeschlossener beruflicher Erstausbildung zu öffnen. Fachhochschullehrer sollen in der Regel über eine mindestens fünfjährige Praxiserfahrung außerhalb der Hochschule als Berufungsvoraussetzung verfügen.
- (61) Für das Gesamthochschulexperiment in Kassel hat trotz jahrelanger Bemühungen kein überzeugendes Arbeitskonzept vorgelegt werden können. Dieser Zustand ist vor dem steuerzahlenden Bürger nicht länger zu verantworten. Die Gesamthochschule Kassel wird daher unter Verzicht auf das Integrationsmodell so umgewandelt, daß ordnungsgemäße Universitätsstudiengänge sowie Kunsthochschul- und Fachhochschulstudiengänge am gleichen Standort eingerichtet werden können.
- (62) Neuzuschaffende Studienplatzkapazitäten sollen vordringlich in Nordhessen (Standort Kassel) und Osthessen (Standort Fulda) eingerichtet werden.

20. Denkmalschutz und Denkmalpflege als Kulturaufgabe

- (63) Denkmalschutz ist die Erhaltung der Bodendenkmäler und baulicher Zeugnisse unserer Vergangenheit. Daher gilt es, die historische Folge der bewohnten Stadt- und Dorfkultur so umfassend wie möglich zu erhalten. Die starken Verluste an historischer Bausubstanz durch Kriegs- und leider auch durch Nachkriegszerstörungen machen dies unabdingbar.
- (64) Die Bemühungen um einen verstärkten Denkmalschutz werden nur dann Erfolg haben, wenn sich die ganze Bevölkerung für die Erhaltung unserer Denkmäler verantwortlich fühlt. Dazu bedarf es dringend vermehrter Informationen und Kenntnisse über die Aufgaben und Ziele des Denkmalschutzes, so vor allem
- eines besseren und vor allem intensiveren Geschichts-, Heimatkunde- und Kunstunterrichts in den Schulen,
 - einer verstärkten Förderung der Arbeit der Geschichtsvereine, der heimatkundlichen Vereine und Organisationen, die sich für die Erhaltung unserer Denkmäler einsetzen.
- (65) Architekten, Stadtplaner, Bauhandwerker und alle übrigen an der Denkmalschutz erhaltung Beteiligten müssen in Studium und Berufsausbildung mehr als bisher mit den speziellen Bedingungen und Anforderungen des erhaltenden Bauens vertraut gemacht werden. Die dafür notwendigen Kenntnisse über Methoden, Techniken und Fertigkeiten sind als Pflicht- bzw. Prüfungsfächer, zumindest aber als Wahlfächer, in die entsprechenden Studien- und Ausbildungsgänge aufzunehmen.

- (66) In allen Gemeinden mit erhaltenswerter Altbausubstanz sind interessierten Bauherren von den zuständigen Behörden Informationen zu vermitteln, anhand derer sich Bauherren umfassend über Maßnahmen der Erhaltung unterrichten können.
- (67) Das Prinzip der Dorferhaltung soll in den Richtlinien des Wettbewerbs "Unser Dorf soll schöner werden" stärkere Betonung finden.
- (68) Die CDU befürwortet die Einrichtung eines Denkmalfonds nach bayerischem Vorbild.
- (69) Die Denkmalschutzbehörden sind personell und finanziell besser auszustatten.

21. Kulturpflege regional ausgewogen fördern

- (70) Die CDU betrachtet die Kulturpflege als gemeinsame Aufgabe des Landes und der Städte, Gemeinden und Landkreise. Der öffentlichen Hand fällt dabei kein Monopol in der Kulturpflege zu. Angebote freier Träger haben auch hier Vorrang vor den öffentlichen und sind entsprechend zu fördern.
- Kulturpflege darf sich nicht in den Dienst von Ideologien stellen.
- (71) Musik, Theater, bildende Kunst, Museen, Bibliotheken und Archive sollen im Rahmen der Kulturpflege und Kulturförderung Unterstützung durch öffentliche Mittel erfahren. Dabei wird die CDU nicht bestimmte kulturelle Bereiche gegenüber anderen bevorzugen, sondern sich um ein regional ausgewogenes Angebot bemühen, wobei nach örtlichen Gegebenheiten kulturelle Schwerpunkte gesetzt werden sollen.
- (72) Eine CDU-Landesregierung wird den nichtstaatlichen Trägern überregional bedeutsamer Einrichtungen der Kulturpflege ihre unmittelbare Beteiligung an der Trägerschaft anbieten.
- (73) Eine CDU-Regierung wird die Pflege, Erhaltung und schöpferische Weiterentwicklung des ost- und mitteldeutschen Kulturerbes in allen Bereichen nachhaltig fördern.

IV. WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE SICHERUNG DER ZUKUNFT

=====

1. Soziale Marktwirtschaft

- (74) Die CDU bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft als der Wirtschafts- und Sozialordnung, die ein Höchstmaß an Freiheit, Gerechtigkeit, persönlichem Wohlstand und sozialer Sicherheit verbindet. Nur die soziale Marktwirtschaft gibt jedem einzelnen die Chance, seine Fähigkeiten bestmöglich einzusetzen und ein seiner Leistung entsprechendes Einkommen zu erzielen sowie persönlich verfügbares Eigentum zu schaffen.

- (75) Die deutschen Arbeitnehmer haben wesentlichen Anteil am Aufbau und Erfolg der sozialen Marktwirtschaft. Für die CDU bedeutet soziale Marktwirtschaft auch, den Arbeitnehmern rechtlich, verdienstmäßig und sozial eine immer größere Unabhängigkeit zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang anerkennt die CDU die Bedeutung und Aufgabe der freien Gewerkschaften.

Die Arbeitnehmer haben in den letzten Jahren die Erfahrung machen müssen, daß sozialer Fortschritt, Sicherheit des Arbeitsplatzes, wirtschaftliche Stabilität und gesunde Unternehmen in der sozialen Marktwirtschaft sich gegenseitig bedingen. Die SPD/F.D.P.-Regierung in Bonn und Wiesbaden haben schwerwiegende wirtschafts-, finanz-, konjunktur- und strukturpolitische Fehler begangen, die die Arbeitnehmerschaft heute mit hoher Arbeitslosigkeit und Unsicherheit des Arbeitsplatzes bezahlen muß. Die Aufbauleistung der CDU/CSU in über 25 Jahren ist damit akut bedroht.

- (76) Soziale Marktwirtschaft beruht auf Privateigentum, steht im Gegensatz zur sozialistischen Einengung freiheitlicher Rechte, zur Vergesellschaftung von Produktionsmitteln und zu kontrollierten Wirtschaftsformen. Sie erfordert den verantwortungsbewußten, sozial verpflichteten Unternehmer sowie den mündigen und mitverantwortlichen Arbeitnehmer.

- (77) Die CDU sieht es als ihre Aufgabe an, die soziale Marktwirtschaft zu schützen und im Interesse aller fortzuentwickeln. Sie wird ihre Politik an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft orientieren und

- die wirtschaftliche Macht des Staates nicht durch unnötige Übernahme zusätzlicher Aufgaben oder durch die Förderung der Zusammenschlüsse öffentlicher Unternehmen weiter ausdehnen,
- die Idee der Partnerschaft und Mitverantwortung verteidigen und weiterentwickeln,
- mittelständische Betriebe in Industrie, Handwerk, Handel und Landwirtschaft sowie die Selbständigkeit der freien Berufe fördern und vor staatlichen Eingriffen schützen,
- die marktwirtschaftliche Ordnung gegen Machtmißbrauch im Rahmen der Zuständigkeit der Landesregierung als Landeskartellbehörde schützen,
- sich gegen alle Tendenzen zur Wehr setzen, die in Richtung Investitionslenkung oder anti-marktwirtschaftlicher Strukturpolitik gehen,
- zukunftsweisende Ideen und individuelle Leistung fördern, um die Vielfalt des Marktgeschehens und die Wahlfreiheit zu vergrößern,
- neue Formen der Eigentumsbildung (Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand) un-

terstützen,

- sich für eine Neuordnung des Steuersystems einsetzen, insbesondere für die Arbeitnehmerschaft, so daß die Leistung gefördert und nicht bestraft wird.

2. Sichere Arbeitsplätze

- (78) Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist eine der vordringlichsten wirtschaftspolitischen Aufgaben. Nur wer einen Arbeitsplatz hat, kann am wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt teilhaben. Die CDU wird neben der Arbeitslosigkeit einzelner Gruppen (Jugendliche, Frauen, Ungelernte, Behinderte, ältere Arbeitnehmer) die regionale Arbeitslosigkeit bekämpfen.
- (79) Die Verwaltung dieses Mangels an Arbeitsplätzen durch Verteilung der vorhandenen Arbeitszeit auf alle erwerbswilligen Personen durch allgemeine Arbeitszeitverkürzung ist nach Ansicht der CDU keine geeignete Lösung. Ohne ausreichendes Wachstum beeinträchtigt Arbeitszeitverkürzung die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und gefährdet damit zusätzliche Arbeitsplätze. Eine Chance für die Vergrößerung des Arbeitsplatzangebots bietet vor allem die Belebung der privaten Investitionstätigkeit, die Orientierung der Tarifpartner an dem Produktivitätsfortschritt sowie eine qualifiziertere Berufsausbildung. Die CDU setzt auf wirtschaftliches Wachstum und nicht auf Mangelverwaltung.
- (80) Die CDU sieht es daher als besonders vordringlich an,
 - das Vertrauen der Wirtschaft durch eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik zu verbessern und damit die Voraussetzungen für eine verstärkte Investitionstätigkeit zu schaffen,
 - durch Beseitigung von Steuergerechtigkeiten Wettbewerbsnachteile auszugleichen,
 - die mittelständische Wirtschaft in ihrer Investitionsfähigkeit zu fördern, die zunehmende Konkursrate in diesem Wirtschaftsbereich zu bekämpfen,
 - den Spielraum für öffentliche, zukunftsorientierte Investitionen im Landeshaushalt zu erweitern,
 - die Mobilität der arbeitenden Menschen zwischen den Branchen und den Regionen zu fördern, aber dabei das Problem der Abwanderung aus dem ländlichen Raum zu beachten,
 - das Entstehen neuer selbständiger Existenzen und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu unterstützen,
 - die Wirtschaft in ihrem Bemühen, für jeden Bewerber einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen, aktiv zu unterstützen. Trotz geburtenstarker Jahrgänge und dem großen Rückstau der vielen "Höhergebildeten" muß jeder junge Mensch die Chance erhalten, einen Beruf zu erlernen.

3. Ausgewogene Regionalpolitik

- (81) Die CDU Hessen strebt die Herstellung wertgleicher Lebensbedingungen in allen Landesteilen und die Verringerung des Wohlstandsgefälles zwischen dem Rhein-Main-Gebiet und den abgelegenen Regionen Hessens an. Sie wird alles tun, um eine weitere Zunahme der Verdichtung im Rhein-Main-Gebiet und das damit verbundene Ansteigen von Verkehrschaos, Umweltverschmutzung, beengten Wohnverhältnissen sowie die Verschlechterung der Naherholung zu verhindern.

"Für die CDU Hessen ist der Zonenrand kein 'Grenzgebiet zur DDR', sondern das Gebiet im Herzen Deutschlands, dessen künstlich geschaffenen wirtschaftlichen, strukturellen und menschlichen Benachteiligungen so lange ausgeglichen werden müssen, wie die innerdeutsche Grenze besteht. Dies sind keine Subventionen für ein 'zurückgebliebenes Gebiet', sondern Anerkennung für die Leistung und das Beharrungsvermögen der Zonenrandbevölkerung, ohne deren eigene Anstrengungen die Attraktivität dieses Raumes als Arbeits- und Lebensraum sowie als Wohn- und Erholungsgebiet nicht denkbar wäre".

- (82) Die Entleerung des ländlichen Raumes mit den schlechteren Arbeitsmöglichkeiten, den längeren Pendlerwegen, der Zerreißung der Dorf- und Kleinstadtgemeinschaften und der Verödung ganzer Landstriche in deren Gefolge ist wirksam zu begegnen. Im ländlichen Raum ist das Angebot von Schulen, Kindergärten, für Sport und Erholung sowie die Sicherung der Versorgung mit Haus- und Fachärzten zu verstärken.
- (83) Die Bevölkerungsstruktur Hessens ist bereits im Wandel begriffen. Durch die großräumige Wanderung in das Rhein-Main-Gebiet wegen unzureichender Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten im ländlichen Raum sind dort vor allem jüngere Erwerbstätige abgewandert, während Pensionäre zuwandern. Durch die Stadtfucht infolge beengter Wohnverhältnisse und schlechter Umweltbedingungen verlieren die Großstädte gleichzeitig immer mehr gutverdienende Familien mit Kindern an das Umland, während Alte und sozial Schwache zurückbleiben. Die soziale Entflechtung als Folge der Land- und Stadtfucht führt letztlich zu ungewohnten Belastungen für einzelne Bevölkerungs- und Altersgruppen. Gleichzeitig entsteht zusätzlicher Infrastrukturbedarf, vor allem im Umland des Rhein-Main-Gebietes, während die vorhandene Infrastruktur in den Landgemeinden und den Kernstädten des Rhein-Main-Gebietes nicht mehr ausreichend genutzt wird. Der vor allem durch das Geburtendefizit in den letzten Jahren zu verzeichnende Bevölkerungsrückgang verschärft die Konkurrenzsituation zwischen Stadt und Land. Zusätzlich rückt auf Grund der begrenzten öffentlichen Mittel der Zwang zur Rentabilität von Infrastruktur-Investitionen immer mehr in den Vordergrund.
- (84) Die Landesentwicklungs- und Raumordnungspolitik der CDU soll sich abzeichnende negative wirtschaftliche Entwicklungen abwenden und vorhandene nachteilige Störungen im wirtschaftlichen Gefüge beseitigen. Die CDU Hessen wird ihre Landesentwicklungs- und Raumordnungspolitik auf folgende Ziele ausrichten:
 - a) die Förderung kleinerer Verdichtungsgebiete um die Städte Kassel, Fulda, Marburg, Gießen und Wetzlar als Alternativen zum Rhein-Main-Gebiet, insbesondere durch Ausstattung mit höherwertigen Infrastrukturen aller Art sowie mit oberen Bundes- und Landesbehörden,
 - b) die Ausweisung und besondere Förderung einzelner Zentralorte in ganz Hessen, die als Wachstumspole die Entwicklung eines größeren Verflechtungsbereichs initiieren können,
 - c) die Aufnahme der "Wiederbelebung der Innenstädte" als Teilziel der Landesentwicklung und die Erarbeitung eines Maßnahmenkatalogs,
 - d) die Einführung eines Zentralortenausgleichs in den kommunalen Finanzausgleich, mit dem die Leistungen der zentralen Orte für das Umland abgegolten werden, sowie die besondere Berücksichtigung kleiner Zentralorte in dünn besiedelten Gebieten,
 - e) die verbesserte Erfassung der Infrastrukturdefizite von Ober-, Mittel- und

Unterzentren und ihre besondere Berücksichtigung bei der Vergabe öffentlicher Finanzierungshilfen im Rahmen einer ressortübergreifenden Infrastrukturplanung,

- f) die Erhaltung der Dörfer und Kleinstädte als eigenständige Lebensgemeinschaften im ländlichen Raum als historisch gewachsener Bestandteil der Landschaft und der natürlichen Umwelt und als Gegengewicht gegen die Abwanderung in die Verdichtungsgebiete.
- (85) Die CDU Hessen wird die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" durch ein Landesstrukturprogramm ergänzen. Sie wird eine marktwirtschaftliche Strukturpolitik betreiben, die keinen direkten Einfluß auf die Investitionsentscheidungen der Unternehmen nimmt, sondern sich nur am Ausgleich der Standortnachteile orientiert. Dazu gehören insbesondere
- a) die besondere Berücksichtigung ortsansässiger mittelständischer Betriebe bei der Arbeitsplatzförderung,
 - b) die Einbeziehung von Handels- und Dienstleistungsbetrieben in die Förderung, wenn sie als wesentlicher Bestandteil der Infrastruktur oder als Anbieter qualifizierter Arbeits- und Ausbildungsplätze für die Entwicklung der Region von Bedeutung sein können,
 - c) die Fördermöglichkeit von Industrieansiedlung auch an geeigneten Unterzentren, wenn wohnortnahe Arbeitsplätze für die Erhaltung der Besiedlungsdichte, insbesondere im Zonenrandgebiet, und für die Weiterbewirtschaftung landwirtschaftlicher Höfe unerlässlich sind,
 - d) die Förderung geeigneter Maßnahmen zur ganzjährigen Belegung von Fremdenverkehrsarten und Heilbädern sowie ihre bessere Einbeziehung in die Naherholung,
 - e) die Beibehaltung der Investitionszulage und die Objektivierung der Vergabepraxis, um Verwaltungssirrtümer zu vermeiden,
 - f) die Verbesserung der Statistik der geförderten Arbeitsplätze und die Intensivierung der Erfolgskontrolle.

4. Verkehrspolitik für die Zukunft

- (86) Ein ausreichendes Verkehrswegenetz ist das Herzstück der Infrastruktur und damit wesentliche Voraussetzung für die Landesentwicklung. Die Verkehrserschließung der ländlichen Gebiete durch die regionalen Zentren, die Verbindung dieser Zentren untereinander und mit dem Rhein-Main-Gebiet auf Schiene und Straße und die Einbettung Hessens in das nationale und internationale Verkehrsnetz müssen daher sinnvoll aufeinander abgestimmt sein. Die CDU wird mit ihrer Verkehrsplanung die Maßnahmen aller Verkehrsträger und die Bedürfnisse der verschiedenen Regionen aufeinander abstimmen.
- (87) Bundesfernstraßenbau und Bundesbahnpolitik sind unter Einbeziehung der Erfordernisse der Raumordnung zu koordinieren.

Die CDU wird sich für die Erhaltung der Bundesbahnstrecken sowie für die Beibehaltung der Omnibusleistungen von Bahn und Post als öffentliche Dienstleistung einsetzen, soweit sie für die Erschließung des ländlichen Raumes unverzichtbar sind.

Besondere Beachtung verdient die Weiterführung des Personenverkehrs auf den Bundesbahnstrecken, die regelmäßig für die Anreise zu Heilbädern, Luftkurorten,

Erholungsorten und sonstigen Fremdenverkehrsgebieten benutzt werden sowie die zeitliche und qualitative Verbesserung des Zugangebots auf den für die Naherholung der Verdichtungsgebiete geeigneten Strecken.

- (88) Weiterhin hält die CDU folgende Gesichtspunkte für bedeutungsvoll
- die Zurücknahme aller sog. Sparmaßnahmen, die die Verkehrssicherheit gefährden (z. B. Sparautobahn),
 - den Ausbau des S-Bahn-Netzes im Rhein-Main-Gebiet sowie die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs auf Schiene und Straße auch im Einzugsbereich der kleineren Verdichtungsgebiete und Wachstumspole,
 - die Entlastung der Gemeinden vom Durchgangsverkehr,
 - ein Verkehrssicherheitsprogramm zum Schutze der hauptgefährdeten Gruppen (Kinder, ältere Mitbürger, Behinderte) sowie eine verstärkte Verkehrserziehung.

5. Sichere Energie - Grundlage des Wachstums

- (89) Die CDU Hessen fordert eine klare, überzeugende und auf die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft ausgerichtete Energiepolitik.

Energie muß in Erzeugung und Verbrauch sicher und zuverlässig, umweltfreundlich und wirtschaftlich sein.

Alle konventionellen Energieträger (Kohle, Mineralöl, Erdgas und Wasserkraft) müssen dazu beitragen, den künftigen Energiebedarf zu decken. Die CDU strebt die langfristige Minderung der hohen Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft von Öl und Erdgas an.

- (90) Die CDU Hessen ist sich der Notwendigkeit bewußt, die friedliche Nutzung der Kernenergie zu verstärken. Der Bau einzelner Kernenergieanlagen darf aber nicht auf Kosten der Sicherheit und des notwendigen Schutzes der Umwelt durchgesetzt werden. Die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden hohen Sicherheitsanforderungen bleiben auch Maßstab für die Zukunft. Weitere intensive Bemühungen um zufriedenstellende Lösungen sind in den Bereichen der Wiederaufbereitung, beim Transport von radioaktivem Material, in der Abfallbeseitigung, beim Abbau stillgelegter Kraftwerke, beim Schutz der Anlagen vor äußerer Einwirkung und bei der Lösung der Abwärmeprobleme notwendig.

Die Entsorgung muß garantiert werden.

Die Unternehmen der Kernbrennstoffverarbeitung in Hessen sind zusammen mit der Reaktorbau- und Zulieferindustrie mit vielen tausend hochqualifizierten Arbeitsplätzen ein wichtiger Beitrag zur Vielseitigkeit und Zukunftsorientierung der hessischen Wirtschaft.

Hinsichtlich etwaiger Risiken der Kernenergie hat die Allgemeinheit einen Anspruch auf weitestgehende, objektive Information. Die CDU wird hierzu ihren Beitrag leisten.

- (91) Voraussetzung jedes energiepolitischen Programms ist eine detaillierte Standortplanung und die rechtzeitige Durchführung von Raumordnungsverfahren in jedem Einzelfall, um allen Betroffenen und insbesondere den Bürgern dieses Raumes Gelegenheit zu geben, berechnete Bedenken vorzubringen. Die CDU begrüßt, wenn Bürger sich zu Bürgerinitiativen zusammenschließen, um Interessen Betroffener

zu vertreten.

Rationelle Ausnutzung und Verwendung von Energie mit Hilfe neuer Technologien, z. B. durch Maßnahmen zur Nutzung von Restwärme, zur Wärmedämmung in Gebäuden, Anwendung der Wärmepumpe und durch die Einführung energiesparender Technologien müssen verstärkt gefördert und eingeführt werden.

Forschung und Entwicklung zur Erschließung alternativer Energiequellen, insbesondere auf den Gebieten der Kohleumwandlung und der Sonnenenergie, sind voranzutreiben. Erforderlich sind auch hier Kosten-Nutzen-Analysen, die ausweisen, ob die vorgeschlagenen Projekte unter Gesichtspunkten des Umweltschutzes, der Sicherheit und der Wirtschaftlichkeit sinnvoll werden können.

6. Mittelstand - Rückgrat der sozialen Marktwirtschaft

- (92) Die Erfordernisse eines qualifizierten Wachstums, eines zukunftsorientierten Wandels, einer verbesserten Wirtschaftlichkeit und einer arbeitsplatzsichernden Wettbewerbsfähigkeit sind nur dann zu erfüllen, wenn es gelingt, die schöpferischen Kräfte des einzelnen, seine Leistungsbereitschaft und sein Verantwortungsbewußtsein zu aktivieren, sei es als freier Berufstätiger oder als Führungskraft in Handwerk, Handel, Industrie oder öffentlichem Dienst. Es gilt, die Vielfalt dieser Berufe zu sichern.
- (93) Die CDU steht fest zum Leistungsprinzip und zur angemessenen Leistungshonorierung. All denjenigen, die in Wirtschaft, Verwaltung und anderen Bereichen tätig und bereit sind, persönliches Risiko zu übernehmen, muß der soziale Aufstieg durch Leistung möglich bleiben.
- (94) Die CDU hat die große Bedeutung der Klein- und Mittelbetriebe und der freien Berufe schon immer betont. Neben der angemessenen Berücksichtigung mittelständischer Belange in allen Zweigen der Landespolitik wird die CDU vor allem
 - a) im Rahmen ihrer Zuständigkeit als Landeskartellbehörde Beschränkungen der Wettbewerbsfreiheit verfolgen und die vom Kartellgesetz erlaubten Kooperationsformen mittelständischer Unternehmen aktiv unterstützen,
 - b) darauf hinwirken, daß im Steuersystem die Benachteiligung mittelständischer Unternehmen abgebaut wird und die Voraussetzungen für eine bessere Eigenkapitalbildung durch Investitionsrücklagen und Abschreibungsmöglichkeiten geschaffen werden; dies gilt insbesondere für das Problem einer Hinzurechnung von Dauerzinsen zum Gewerbeertrag bei der Gewerbesteuer sowie die Anpassung der Abschreibungsmöglichkeiten für "geringwertige Wirtschaftsgüter" an die Preisentwicklung durch Erhöhung von DM 800,- auf DM 1.600,-,
 - c) die Selbsthilfe der Klein- und Mittelbetriebe in Form von Kreditgarantiegemeinschaften und Kapitalbeteiligungsgesellschaften durch Rückbürgschaften fördern,
 - d) Existenzgründungen und eigenständiges Wachstum von Klein- und Mittelbetrieben sowie den Eintritt in neue Märkte durch Kapitaldiensthilfen unterstützen,
 - e) Fördermittel zur Sicherung der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie zur Umschulung und Anpassung an die veränderten Marktstrukturen bereitstellen,
 - f) die betriebliche und überbetriebliche Ausbildung in Handwerk, Handel und Industrie fördern und nicht durch unnötige Auflagen zusätzlich erschweren; Abbau bürokratischer Hemmnisse,

- g) bei der Vergabe öffentlicher Aufträge mittelständische Unternehmen angemessen beteiligen und die gemeinschaftliche Durchführung eines Großauftrags durch die Übernahme des Haftungsrisikos erleichtern,
- h) für eine gerechte und leistungsfördernde Reform des Steuersystems einsetzen, vor allem für die Beseitigung des Tarifsprungs bei der Einkommenssteuer über den Bundesrat sowie die Abschaffung von Getränke-, Schankerlaubnis- und Lohnsummensteuer, für die den Gemeinden ein voller Ausgleich zu gewähren ist; im Rahmen einer generellen Neuverteilung der Steuererträge zwischen Bund, Ländern und Gemeinden soll auch der Wegfall der Gewerbesteuer angestrebt werden,
- i) durch Abbau bürokratischer Hemmnisse die mittelständischen Unternehmen und freien Berufe entlasten.

7. Fremdenverkehr schafft qualifizierte Arbeitsplätze

- (95) Der Fremdenverkehr ist ein wichtiger Wirtschaftszweig in den ländlichen Gebieten Hessens. Er bietet eine Vielzahl qualifizierter Arbeits- und Ausbildungsplätze. Die CDU mißt daher der Förderung des Fremdenverkehrsgewerbes, den mit dem Fremdenverkehr befaßten privaten und öffentlichen Institutionen und der Unterstützung der kommunalen und staatlichen Heilbäder in ihrer gegenwärtigen Notlage besondere Bedeutung bei. Ziel ist vor allem die Förderung der Privatinitiative und eine von staatlichen Eingriffen weitgehend unbehinderte Entfaltung des hessischen Kur- und Fremdenverkehrswesens.
- (96) Die CDU wird den Fremdenverkehr fördern und dabei insbesondere
 - a) die privaten Beherbergungsbetriebe, Gaststätten und Sanatorien durch Investitionshilfen für Betriebsgründungen, Erweiterungen und Modernisierungen unterstützen,
 - b) ein Sonderprogramm "Hessische Kleinstädte" entwickeln,
 - c) die nicht-staatlichen Heilbäder Hessens soweit wie möglich den Staatsbädern gleichstellen,
 - d) das Urlaubs- und Freizeitangebot der hessischen Bade- und Fremdenverkehrsorte sowie deren Infrastruktur durch geeignete Maßnahmen unterstützen, um dem Strukturwandel auf dem Kur- und Erholungssektor besser gerecht zu werden und die Saisonzeiten auszuweiten,
 - e) die Ziele des Fremdenverkehrs auch bei anderen Förderungsmaßnahmen wie Dorferneuerung, Altstadtsanierung, Natur- und Landschaftsschutz, Verkehrswegeplanung und kommunalen Investitionshilfen berücksichtigen.

8. Land- und Forstwirtschaft im Dienste der Gesamtbevölkerung

- (97) Land- und Forstwirte sind als freie Unternehmer, als Produzenten gesunder Nahrungsmittel und Rohstoffe sowie als Gestalter der Kulturlandschaft von besonderer Bedeutung. Die breite Streuung des Bodeneigentums in der Landwirtschaft ist vorbildlich für die gesamte Wirtschafts- und Sozialordnung. Land- und Forstwirte verhindern, daß die Landschaft verödet oder aus Steuergeldern gepflegt werden muß. Durch eigene Ferienangebote verbessern viele Landwirte den Fremdenverkehr ganzer Regionen. Daher sind Land- und Forstwirtschaft in ihrer weiteren Entwicklung nachhaltig zu fördern.

- (98) Die CDU Hessen wird eine Agrarpolitik betreiben, die darauf ausgerichtet ist, das breit gestreute Bodeneigentum zu bewahren, die Kulturlandschaft zu erhalten sowie in Verbindung mit der Regionalpolitik den ländlichen Raum als lebendigen Wirtschafts-, Wohn- und Erholungsraum weiterzuentwickeln. Weiterhin wird sie bemüht sein,
- a) die Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen, die langfristige Bedarfsdeckung mit Nahrungsmitteln und die Interessen der Verbraucher in Einklang zu bringen,
 - b) in einem umfassenden Programm die Entwicklung der Infrastruktur ertrags- und strukturschwacher Gebiete, insbesondere auch die Landwirtschaft in den grünlandstarken Mittelgebirgslagen in Ergänzung zum EG-Bergbauernprogramm zu fördern,
 - c) das einzelbetriebliche Förderungsprogramm nicht vom Erreichen einer bestimmten Einkommensgrenze abhängig zu machen, sondern von der Rentabilität der Investitionen und von der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Bauern,
 - d) die Selbsthilfe der Landwirte, insbesondere durch Genossenschaften, überbetrieblichen Maschineneinsatz, Betriebshilfsdienst und Erzeugergemeinschaften sowie der Waldbesitzer durch forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse auf freiwilliger Grundlage zu fördern,
 - e) die Land- und Forstwirte in allen technischen und wirtschaftlichen Fragen der Betriebsführung angemessen zu beraten und dort, wo diese Aufgaben von privaten Organisationen, Verbänden und Genossenschaften wahrgenommen werden, diese zu unterstützen,
 - f) außerlandwirtschaftlichen Zu- oder Nebenerwerb durch direkte Förderung (Ferien auf dem Bauernhof, wohnortnahe, qualifizierte Arbeitsplätze, Verbesserung der Verkehrsbedingungen) und durch Förderung der Kooperation zu erleichtern.
- (99) Der Wald ist für Leben und Gesundheit der Menschen unentbehrlich. Im Rahmen seiner vielfältigen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen schafft er optimale Umweltbedingungen, reinigt die Luft und reichert sie mit Sauerstoff an, erhält und vergrößert die Grundwasserreserven, bietet Stille und Naturerlebnis und stellt durch seine wirtschaftliche Nutzung knappe Rohstoffe und Arbeitsplätze bereit. Hessen ist durch sein Waldreichtum verpflichtet, durch eine vorausschauende Forst- und Umweltpolitik diese Naturgüter für die kommenden Generationen bestmöglich zu erhalten und zu pflegen und dort, wo es erforderlich ist, zu mehren.

9. Informierte Verbraucher - Voraussetzung für funktionierende Marktwirtschaft

- (100) Für die CDU Hessen ist Verbraucherpolitik ein wesentlicher Bestandteil der Marktwirtschaft. Erklärtes Ziel der Verbraucherpolitik ist es, die Marktstellung des Verbrauchers zu verbessern. Dies kann nicht allein Sache des Staates sein. Dem Verbraucher müssen vielmehr vielfältige Informationsmöglichkeiten durch Verbraucherverbände, Wirtschaftswerbung und staatliche Orientierungshilfen zur Verfügung stehen, damit er frei entscheiden kann, wo er sich die erforderliche Marktübersicht und Produktkenntnis verschafft. Für die CDU Hessen ist daher die Förderung des Informationswettbewerbs ein wichtiger Teil der Verbraucherpolitik.

- (101) Die CDU wird im Rahmen ihrer Wirtschaftspolitik der Verbraucherpolitik einen besonderen Rang beimessen und
- die Verbraucherberatung in allen Fragen der Hauswirtschaft, der Ernährung, des sachgerechten Einkaufs, des Preis- und Qualitätsvergleichs und der Produktbeurteilung, die bereits von den Verbraucherzentralen und den Beratungsstellen des Ministers für Landwirtschaft und Umwelt wahrgenommen werden, intensivieren,
 - Bemühungen von Wirtschaftsverbänden und Kammern um Verbraucherinformation unterstützen,
 - die Verbraucherinformation im Rahmen der Marktwirtschaftslehre in die Lehrpläne der Schule aufnehmen.

10. Solide öffentliche Finanzen

- (102) Die Entwicklung des Landeshaushalts in den letzten Jahren war zunehmend gekennzeichnet von einem überdurchschnittlichen Ansteigen der konsumtiven Staatsausgaben, insbesondere im Personalbereich, sowie von der Stagnation und schließlich sogar vom Absinken der Investitionsausgaben. Hinzu kam das rasche Wachstum der Verschuldung, nicht zuletzt durch die Milliarden-Zahlung für die Hessische Landesbank. Da in Zeiten der Hochkonjunktur - statt Rücklagen zu bilden - bereits Schulden gemacht wurden, mußten alle Konjunkturankurbelungsprogramme mit Krediten finanziert werden und für besondere Notlagen, wie die der arbeitslosen Lehrer, waren keine finanziellen Polster vorhanden.
- (103) Auch die CDU Hessen kann diesen Landeshaushalt nicht über Nacht in Ordnung bringen. Sie wird jedoch von Anfang an eine solide Finanzpolitik betreiben, die an folgenden Gesichtspunkten ausgerichtet ist:
- a) Die Verschwendung von Steuermitteln durch überzogene Regierungspropaganda und kostspielige Druckerzeugnisse wird beendet;
 - b) Begrenzung der Steigerung des Personalkostenanteils, dabei aber flexible Reaktion auf unabweisbaren Bedarf (z. B. arbeitslose Lehrer, Planstellen im Bereich der inneren Sicherheit);
 - c) Verbesserung des Investitionsanteils, möglichst im Bereich der Investitionen, die nur geringe Folgekosten verursachen;
 - d) Senkung der jährlichen Nettoneuverschuldung, um nicht künftige Haushalte mit Schuldendienstleistungen so zu belasten, daß der Spielraum für Investitionen weiter eingengt wird;
 - e) Bildung von Rücklagen in Zeiten der Hochkonjunktur und Verwendung von Steuereinnahmen zur Schuldenrückzahlung;
 - f) jede neue Aufgabe der öffentlichen Hand und jedes gesetzliche Vorhaben wird rechtzeitig und gewissenhaft auf seine Folge- und Nebenkosten überprüft;
 - g) Überprüfung solcher Gemeinschaftsaufgaben zwischen Bund und Ländern, die sich in der Vergangenheit nicht bewährt haben;
 - h) Einsatz für die Schaffung größerer Durchsichtigkeit im Steuersystem (z. B. Abschaffung Bagatellsteuern);
 - i) Modellversuche für Privatisierungsvorhaben.

11. Kommunale Finanzkraft stärken

- (104) Die Finanzlage der Kommunen ist nicht zuletzt durch Bundes- und Landesgesetze, die ihnen immer neue Aufgaben übertragen haben, ohne deren Finanzierung sicherzustellen, beengt. Die Gemeinden und Städte haben seit dem Kriege die Hauptaufbauleistung vollbracht und tragen heute noch den größten Teil der Bildungs-, Sozial-, Umweltschutz- und lokalen Infrastrukturinvestitionen. Deshalb sieht das Grundgesetz vor, daß sie auf dem Wege des Finanzausgleichs am Steueraufkommen des Landes beteiligt werden. Wegen der Finanznot des Landes wurden jedoch die Investitionsmittel im kommunalen Finanzausgleich in den letzten Jahren verringert. Die Folgekosten der Investitionen - insbesondere auch für die Kommunen - wurden unzureichend berücksichtigt.
- (105) Die CDU Hessen wird schrittweise mit der Sanierung des Landeshaushalts den kommunalen Finanzausgleich verbessern und dabei vor allem
- a) den berechtigten Anspruch der Kommunen auf einen angemessenen Anteil am Steueraufkommen des Landes anerkennen und dabei mehr frei verfügbare Schlüsselzuweisungen bereitstellen. Mittelpunktfunktion und Großflächigkeit sind besondere dabei zu berücksichtigende Faktoren;
 - b) die Investitionshilfen im kommunalen Finanzausgleich bevorzugt als echte Beihilfe und nicht als Schuldendiensthilfe vergeben, um nicht die Kommunen in weitere Verschuldung hineinzutreiben;
 - c) den Landesanteil an den jährlichen Zuweisungen zum Hessischen Investitionsfonds regelmäßig und in voller Höhe einzahlen und nicht den Kommunen die Hauptlast an dieser gemeinschaftlichen Einrichtung überlassen;
 - d) den Landesentwicklungsplan im Einklang mit der Finanzplanung des Landes regelmäßig fortschreiben und die Finanzierung der darin genannten kommunalen Investitionen für den Planungszeitraum sicherstellen.

12. Privatisierung - kein Dogma, aber Hilfe

- (106) Der Staat hat sich im Laufe der Zeit immer stärker am Wirtschaftsleben beteiligt. Die Versorgung der Bürger hat öffentliche Dienste aller Art entstehen lassen. Konjunkturelle Gründe wie Arbeitsplatzsicherung haben zur Beteiligung der öffentlichen Hand an Unternehmen geführt. Schließlich sind mit dem Umweltschutz und dem Nahverkehr in den Verdichtungsräumen neue Aufgaben solcher Größenordnung entstanden, die nur öffentlich wahrgenommen werden konnten.
- (107) Die CDU wird prüfen, welche Aufgaben rationeller, billiger und sozial verträglich in privater Trägerschaft erfüllt werden können. Sie wird untersuchen, in welchem Maße die öffentlichen Haushalte entlastet werden können und welche Formen der Privatisierung möglich sind. Öffentliche Aufgaben, die sich als privatisierungsfähig erweisen, wird die CDU an den privaten Sektor abgeben. Hierbei muß auf die Dauer gewährleistet sein, daß das Angebot an entsprechenden öffentlichen Leistungen allen Bürgern ohne Abstriche an der Qualität zur Verfügung steht.
- (108) Die CDU Hessen wird in diesem Zusammenhang dem Subsidiaritätsprinzip überall dort Geltung verschaffen, wo Einrichtungen freier Träger bei gleicher Aufgabenerfüllung kostengünstiger arbeiten als entsprechende öffentliche Institutionen.
- (109) Beteiligungen der öffentlichen Hand an Wirtschaftsunternehmen werden aufgegeben,

Wirtschaftsunternehmen in öffentlicher Hand werden privatisiert, wenn die Gründe für das Eingreifen des Staates (z. B. gefährdete Versorgung der Bevölkerung, vorübergehende Arbeitsplatzgefährdung, Vorliegen konjunktureller Engpässe) entfallen sind.

- (110) Der Verkauf bzw. die Schließung öffentlicher Regiebetriebe ist überall dort zu befürworten, wo ihre Vorteile für die öffentliche Hand geringer sind als die Nachteile für ortsansässige Unternehmen.

V. SOZIALE GERECHTIGKEIT - DIENST AM MENSCHEN

- (111) Freiheitliche Politik aus sozialer Verantwortung bedeutet solidarischen Schutz für den Schwachen und Hilfeleistung für den sozial Benachteiligten. Sie beinhaltet die Eigenverantwortung des einzelnen wie der gesellschaftlichen Gruppen auch im sozialen Bereich. Dieser Eigenverantwortung entspricht das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe, zu dem sich die CDU bekennt.

Darüber hinaus umfaßt der soziale Auftrag der Gemeinschaft und die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit die Verpflichtung für jeden einzelnen, mehr für seine Mitmenschen zu tun.

Das Streben nach uniformer Gleichheit und die totale Bevormundung sind Feinde einer freiheitlichen Sozialpolitik. Beide lehnt die CDU aus ihrem freiheitlichen Menschenbild heraus ab.

1. Familien unterstützen

- (112) Die Familie erfüllt eine unersetzliche Aufgabe für die freie Gesellschaft. Die CDU setzt sich für eine starke Position der Familie und deren wirtschaftliche und soziale Sicherstellung ein. Für sie ist die Familie als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft der wichtigste Ort individueller Geborgenheit und Sinnvermittlung. Die CDU lehnt eine Verlagerung von Funktionen der Familie auf die Gesellschaft ab. Dabei wird die Bedeutung anderer Erziehungsträger allerdings nicht verkannt.
(113) Angesichts der bedrohlichen Geburtenrückgänge und einer konzeptionslos betriebenen Familienpolitik ist eine familienpolitische Neuorientierung unumgänglich. Insbesondere gilt es, der Mehrkinderfamilie gezielt zu helfen. Ein Mittel hierzu ist das Erziehungsgeld.
(114) Die CDU unterstützt alle Bemühungen, die auf eine Verbesserung der Familienbildung und -beratung, vor allem in den ausschlaggebenden ersten drei bis vier Lebensjahren, zielen.
(115) Das Netz der Beratungsdienste, das für die Familie immer wertvoller wird, ist personell und von der Zahl der Einrichtungen her entsprechend auszustatten. Das Angebot an Einrichtungen für Familienbildung soll dem Bedarf entsprechen. Die Mütter- und Familienerholung ist zu fördern.
(116) Die CDU fordert die Einführung von Familiengründungsdarlehen für kinderreiche und junge Familien.
(117) Das Angebot an Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Umschulungseinrichtungen für den Wiedereintritt von Frauen in das Berufsleben ist zu verbessern.
(118) Die CDU fordert einen familienpolitischen Beirat aus unabhängigen Sachverständigen und Vertretern der hessischen Familienorganisationen, der zu aktuellen Fragen der Familienpolitik Stellung nimmt und praxisbezogene Empfehlungen abgeben soll.

2. Gleichberechtigung der Frau

- (119) Gleichberechtigung bedeutet für die CDU nicht Gleichheit, sondern Gleichwertigkeit der Aufgaben von Mann und Frau. Das bedeutet für die Frau Wahlfreiheit, ihren Lebensweg im Beruf, in der Familie oder in einer Verbindung beider in

in Partnerschaft zu gestalten.

- (120) Die Frau, die ihre Familie betreut, ist mit jeder berufstätigen Frau gleichrangig. Daher muß die Tätigkeit der Frau in der Familie als berufliche Tätigkeit anerkannt werden. Dazu gehört auch die Schaffung einer eigenständigen sozialen Sicherung.
(121) Die CDU fördert und begrüßt die freiwillige aktive Mitarbeit der Frau in Staat und Gesellschaft. Ihre Mitwirkung in diesen Bereichen ist unentbehrlich.
(122) Die CDU setzt sich für eine Gleichstellung der Frauen im Berufsleben ein.

Die Informationen - auch der Eltern - über die Wahlmöglichkeiten und die Notwendigkeit einer guten Schul- und Berufsausbildung für Mädchen und Frauen sind zu verbessern. Der Konzentration der Mädchen auf nur wenige Berufsbereiche muß durch eine differenzierte Form der Berufsberatung sowie gezielte Förderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Die Öffnung neuer Berufe, die den Frauen bisher nicht zugänglich waren, ist ebenso notwendig wie die Bereitstellung entsprechender Ausbildungsplätze für Mädchen.

Die Arbeitsplatzbedingungen sowie die arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen für die Frau müssen den Erkenntnissen der modernen Arbeitsmedizin entsprechen und sind streng zu überwachen.

- (123) Die CDU setzt sich dafür ein, daß mehr Betriebe Teilzeitarbeit und die gleitende Arbeitszeit einführen, damit Frauen sowohl einem Beruf nachgehen können als auch ihren Pflichten innerhalb der Familie nachkommen können. Eine CDU-Landesregierung wird prüfen, inwieweit der öffentliche Dienst hier mit gutem Beispiel vorangehen kann.

Vermehrte Teilzeitarbeit ist ein Weg zum Abbau der überproportionalen Arbeitslosigkeit der Frauen.

3. Für eine kinderfreundliche Gesellschaft

- (124) Die CDU unterstützt alle Bemühungen von Familie, Staat und freien Kräften um Pflege und Erziehung der Kinder. Sie wird sich für familienfreundliche Lebensverhältnisse einsetzen, um auch dadurch die körperliche und geistige Entwicklungsfähigkeit des Kindes zu fördern.
(125) Der steigenden Zahl von Kindesmißhandlungen soll durch gezielte Aufklärungsmaßnahmen begegnet werden. Die volle Härte des Gesetzes muß jeden treffen, der Kinder mißhandelt.
(126) Zur Verhinderung entwicklungshemmender, lebenslanger Schädigung des Kindes wird eine ausreichende fachärztliche Versorgung im vorgeburtlichen Bereich sowie bei der Geburt sichergestellt. Ein Netz von Zentren zur Früherkennung und Frühbehandlung von Schäden bei Kleinkindern soll mit Hilfe des Landes aufgebaut werden.
(127) Die Mitbestimmung und Mitverantwortung der Eltern in allen staatlichen und freien Erziehungs- und Bildungseinrichtungen bleibt wesentliches Ziel der CDU-Politik.
(128) Es müssen ausreichende kinder- und familiengerechte Spielplätze geschaffen werden. Der Gefährdung der Kinder im Straßenverkehr ist wirksamer zu begegnen.

- (129) Die Vermittlung von Pflegekindern und die Adoption insbesondere von Heimkindern wird verstärkt und beschleunigt. Das Projekt "Erziehungsstelle" des Landeswohlfahrtsverbandes wird besonders unterstützt.

Die Heimerziehung ist qualitativ zu verbessern.

- (130) Das Erziehungs- und Bildungsangebot im Kindergarten für Kinder im Vorschulalter ist als freiwillige ergänzende Erziehungshilfe weiter bedarfsgerecht auszubauen. Dabei ist besonders auf sinnvolle Öffnungszeiten zu achten.

Für die CDU sind Kindergärten in freier und kommunaler Trägerschaft gleichwertig. Beide sind daher in gleicher Weise zu fördern.

4. Jugend in Verantwortung

- (131) Die Jugendpolitik der CDU dient einer freien und verantwortungsbewußten Jugend. Sie muß für den demokratischen Rechtsstaat als die Staatsform mit dem größten Freiheits- und Gestaltungsraum werben. Die CDU will die Jugend nicht gängeln, sondern ihr alle Hilfen geben, daß sie sich frei entfalten kann.

- (132) Die CDU tritt für eine wirksame Organisation der Jugendhilfe ein. Öffentliche und freie Träger haben ein differenziertes Angebot an Einrichtungen und Hilfen bereitzustellen, um das Wahlrecht der Eltern und der jungen Menschen unter den Angeboten und Trägern der Jugendhilfe zu sichern.

Die CDU tritt für die Stärkung der freien Träger der Jugendhilfe sowie ihre Förderung aus öffentlichen Mitteln ein.

- (133) Im Mittelpunkt jugendpolitischer Überlegungen der CDU stehen die Jugendverbände und die Jugendbildungseinrichtungen. Die CDU bekennt sich zur Unabhängigkeit dieser Jugendverbände. Sie wird die Jugendverbände bei offenen Angeboten an alle Jugendliche unterstützen, wobei die Schwerpunkte in Jugendbildungs- und -begegnungszentren, Jugendsport- und -erholungsmaßnahmen, Jugendfahrten und der Betreuung jugendlicher Randgruppen zu sehen sind.

- (134) Jugendverbände und Jugendinitiativen sind keine Gegensätze. Viele Jugendinitiativen werden maßgeblich von organisierten Jugendlichen mitgestaltet. Bedenken bestehen gegenüber der vielfach erhobenen Forderung, bestehende bzw. neu zu errichtende Jugendzentren den Jugendinitiativen in alleinige Verantwortung zu übergeben. Es muß allerdings sichergestellt bleiben, daß die Jugendlichen weitgehende Mitgestaltungsmöglichkeiten im Rahmen eines Jugendzentrums erhalten.

- (135) Den in Schwierigkeiten befindlichen jungen Menschen soll vorwiegend im Rahmen der eigenen Familie geholfen werden. Alle Maßnahmen und Förderungen haben sich daher zunächst auf das Ziel einer Stärkung der Erziehungskräfte in den Familien auszurichten. Die offene Erziehungshilfe hat Vorrang vor der Heimerziehung, die immer Trennung von der Familie bedeutet.

- (136) Eine CDU-Landesregierung wird einen Strukturplan der Jugendhilfe in Hessen in Zusammenarbeit mit den freien und kommunalen Trägern der Jugendhilfe erarbeiten.

- (137) Die CDU wird den Jugendschutz auf wissenschaftlicher Grundlage weiterentwickeln und die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen stärker anwenden, um die Gefährdung durch Alkohol-, Nikotin- und Drogenmißbrauch, Verwahrlosung und Gewalttätigkeit zu vermindern.

- (138) Die CDU wird die politische Bildungsarbeit, die internationale Jugendbegegnung mit dem benachbarten Ausland und besonders diejenigen Bereiche der Jugendbildungsar-

beit fördern, in denen unmittelbares gesellschaftliches Engagement gefordert wird. In diesem Zusammenhang wird die CDU auch Berlin- und Zonengrenzfahrten von Jugendlichen fördern, damit diese sich ein realistisches Bild von der Wirklichkeit im geteilten Deutschland machen können.

- (139) Als zentrales jugendpolitisches Problem sieht die CDU die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit und die Verbesserung der beruflichen Chancen der jungen Generation an.

5. Sorge um ältere Mitbürger

- (140) Die CDU will den älteren Mitbürgern einen Lebensabend nach ihren eigenen Wünschen und Vorstellungen nach dem Ausscheiden aus der Berufswelt ermöglichen, damit sie am kulturellen, gesellschaftlichen und geistigen Leben in der Gemeinschaft weiter teilhaben können.

- (141) Die CDU ist der Ansicht, daß zunächst die Familie die Verantwortung gegenüber ihren älteren Angehörigen trägt. Sie darf keinesfalls aus ihr entlassen werden. Daher kann und darf die Allgemeinheit keine Aufgaben übernehmen, die die Familie noch übernehmen kann.

- (142) Wenn der ältere Mitbürger die Probleme des Alters nicht mehr aus eigener Kraft oder mit Hilfe seiner nächsten Verwandten bewältigen kann, muß das Land im Zusammenwirken mit den freien Wohlfahrtsverbänden und den kommunalen Körperschaften für eine Vielzahl von Einrichtungen und sozialen Diensten sorgen.

- (143) Die CDU setzt sich dafür ein, daß die Menschen durch gezielte Informationen und geeignete Hilfen auf das Alter vorbereitet werden, um einen abrupten Übergang von einem Leben geregelter Berufstätigkeit zu unvermittelt aufgezwungener Muße wegen der damit verbundenen vielfältigen schädlichen Einflüsse auf die Persönlichkeit älter werdender Menschen zu verhindern.

- (144) Wichtigste Voraussetzung für ein Leben, das den Wünschen der älteren Mitbürger entspricht, ist die Schaffung altersgerechter Wohnformen. Diese sollten sowohl innerhalb des sozialen Wohnungsbaues als auch bei privaten und gemeinnützigen Bauobjekten durch Schaffung stärkerer Anreize gefördert werden.

Die CDU wird darauf hinwirken, daß Altenwohnungen nicht isoliert, sondern eingestreut in Wohnsiedlungen in Stadtnähe und verkehrsgünstiger Lage erstellt werden. Die Stadtplanung, Wohnsiedlungs- und Stadt-sanierungspläne müssen darauf Rücksicht nehmen, daß Altenwohnungen in familiennaher Umgebung entstehen.

Die CDU will bauwilligen Familien die Schaffung von Einliegerwohnungen für ihre älteren Angehörigen durch geeignete Maßnahmen ermöglichen.

- (145) Der Wunsch der älteren Menschen nach Unabhängigkeit und eigener Haushaltsführung muß durch umfassende Hilfsmöglichkeiten (Nachbarschaftshilfe, Haushaltshilfe, Essen auf Rädern, Beratungsdienste, pflegerische Dienste, Abholdienste) gestützt werden. Die Angebote der freien Wohlfahrtsverbände müssen sinnvoll koordiniert werden.

- (146) Die Kontaktpflege innerhalb der älteren Generation wird die CDU durch die Förderung von Altenbegegnungsstätten und Altenwerkstätten stärken. Die CDU wird im Rahmen der allgemeinen Erwachsenenbildung spezielle Bildungsprogramme für die ältere Generation anbieten. Auch sportliche Freizeitangebote für ältere Menschen erfüllen wichtige Belange der Gesundheits- und Kontaktpflege.

- (147) Für alle Menschen, die nicht mehr in der Lage sind, ihren eigenen Haushalt weiterzuführen und die nicht von Angehörigen oder im Rahmen offener Maßnahmen betreut werden können, sind entsprechend deren Leistungsvermögen und Gesundheitszustand geeignete Heimplätze in ausreichendem Maße bereitzustellen.

6. Behinderte - Anspruch auf Hilfe

- (148) Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Schäden sind gegenüber ihren Mitbürgern ohne eigene Schuld benachteiligt. Die Behinderten sind auf die Unterstützung ihrer Mitbürger angewiesen. Sie brauchen Achtung und Anerkennung. Sie haben ein Recht auf die Hilfe des Staates.
- (149) Die CDU wird einen Behindertenplan für Hessen vorlegen. Außerdem fordert sie zur Koordination aller Maßnahmen im Behindertenbereich die Berufung eines Landesausschusses für Rehabilitation, in dem die Träger von Rehabilitationseinrichtungen in Hessen vertreten sind.
- (150) Die CDU will den behinderten Menschen, die ihre Behinderung oder deren Folgen nicht selbst überwinden können, und den Menschen, denen eine Behinderung droht, durch folgende Maßnahmen helfen, ihre Fähigkeiten und Kräfte zu entfalten und einen entsprechenden Platz in der Gemeinschaft zu finden:
- Verstärkung der Vorsorgeuntersuchungen (einschließlich Vorgeburt-Diagnostik) für Säuglinge und Kleinkinder,
 - die Einführung einer gesetzlichen Meldepflicht für alle behinderten Kinder,
 - Behandlungszentren für behinderte Kleinkinder,
 - Förderung von Beratungsdiensten für Familien mit behinderten Kindern und Familienangehörigen,
 - Ausbau von Sonderkindergärten und Sonderschulen,
 - Förderung angemessener Berufsmöglichkeiten, Berufsausbildungshilfen, Arbeitsplätze und Werkstätten für Behinderte,
 - bessere Abstimmung der medizinischen, schulischen, beruflichen und sozialen Maßnahmen aufeinander,
 - verstärkte Förderung von stationären und teilstationären Einrichtungen zur Betreuung von Schwer- und Schwerstbehinderten,
 - Ermöglichung einer aktiven Partnerschaft zwischen Behinderten und Nichtbehinderten durch die Schaffung entsprechender Kommunikationsmöglichkeiten,
 - Ausbau der Einrichtungen für spezielle Ferien-, Kur- und Freizeitangebote für Behinderte,
 - Abbau der architektonischen Barrieren für Behinderte in der Bau- und Stadtplanung, insbesondere beim sozialen Wohnungsbau und in öffentlichen Gebäuden,
 - Verabschiedung eines Landespflegegeldgesetzes für Schwerstbehinderte.
- (151) Die Kriegsveteranen verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß die Kriegsveteranenversorgung in der Bundesrepublik Deutschland mit der allgemeinen Sozialentwicklung Schritt hält und innerhalb der Behinderten-Betreuung angemessen beachtet wird.

7. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler gehören zu uns

- (152) Viele Heimatvertriebene und Flüchtlinge haben in Hessen eine neue Existenz und Heimat gefunden. Sie haben Wesentliches zum bisher Erreichten auf wirtschaft-

lichem, sozialem und kulturellem Gebiet beigetragen. Deshalb nimmt die CDU diese Mitbürger gegen alle diffamierenden Angriffe von innen und außen, gegen jede Mißachtung ihrer Rechte und Zukunftshoffungen und gegen das Bestreben in Schutz, das den Heimatvertriebenen und Flüchtlingen angetane Unrecht zu verschweigen oder zu bagatellisieren.

- (153) Die CDU wird für die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Eingliederung der deutschen Aussiedler als willkommene Bürger verstärkt sorgen. Sie wird sich mehr als bisher um folgende Maßnahmen bemühen:
- schnellere Bereitstellung von familiengerechten Wohnungen,
 - verstärkte Sprachförderung der schulpflichtigen Aussiedlerkinder in den allgemeinbildenden Schulen und in den Berufsschulen; dabei ist sowohl die Einrichtung von Förderkursen anzustreben als auch eine individuelle Förderung zu ermöglichen,
 - Unterstützung der bestehenden Förderschulen, um die sprachliche und ausbildungsmäßige Eingliederung zu beschleunigen und gleichzeitig die gesellschaftliche Eingliederung der Kinder und Jugendlichen zu begünstigen,
 - verstärkte Einrichtung deutscher Sprachkurse für Erwachsene, um ihre beruflichen und gesellschaftliche Eingliederung zu gewährleisten,
 - Verbesserung der kulturellen und sozialen Betreuung,
 - Verbesserung der beruflichen Beratung und Bildungsberatung,
 - Hilfen bei der Beschaffung und Übersetzung von Urkunden,
 - größeres Bemühen um objektive Darstellung der Aussiedlung und Eingliederung.
- (154) Die Förderung der Arbeit der Vertriebenen- und Flüchtlingsverbände aus Landesmitteln erfolgt ohne Beeinflussung ihrer Meinungsfreiheit. Eine CDU-Regierung wird die Verbände bei der Lösung noch offener Probleme tatkräftig unterstützen.
- (155) Eine CDU-Regierung wird im Zusammenwirken mit den Verbänden und Institutionen der Vertriebenen und Flüchtlinge neue Initiativen der kultur- und heimatpolitischen Arbeit gemäß dem Auftrag des § 96 des Bundesvertriebenengesetzes entwickeln, um Leistung und Erbe aus Mittel- und Ostdeutschland sowie aus den deutschen Siedlungsräumen in Ost- und Südeuropa lebendig zu erhalten.
- Diesem Ziel sollen unter anderem dienen:
- a) Belebung der Patenschaften,
 - b) Benennung von Straßen und Plätzen nach mittel- und ostdeutschen Städten, Landschaften und Persönlichkeiten,
 - c) Förderung von Schülerwettbewerben,
 - d) Vergabe von Aufträgen an Wissenschaft und Forschung,
 - e) Förderung der Bildungsarbeit der Vertriebenen- und Flüchtlingsverbände.
- Zur Verdeutlichung des Rechtes auf Heimat und des Selbstbestimmungsrechtes wird sich eine CDU-Regierung dafür einsetzen, daß der "Tag der Heimat" wieder mehr öffentliche Geltung erhält.

- (156) Eine CDU-Landesregierung wird dafür sorgen, daß die politische Bildungsarbeit in den Schulen dem gesamtdeutschen Auftrag des Grundgesetzes entsprechend den Darlegungen des Bundesverfassungsgerichts zum Grundvertrag und zu den Ostverträgen Rechnung tragen wird. Der allgemeinen Ostkunde wird im Unterricht wieder

ein angemessener Platz eingeräumt.

8. Ausländische Arbeitnehmer nicht alleine lassen

- (157) Die hessische Wirtschaft wird unabhängig von den gegenwärtigen Schwierigkeiten auch in Zukunft ausländische Arbeitnehmer benötigen. Dabei sind die damit verbundenen sozialen, bildungspolitischen, infrastrukturellen und sonstigen Probleme zu beachten.
- (158) Den bereits bei uns seit langem lebenden ausländischen Arbeitnehmern ist auf Wunsch die Eingliederung zu ermöglichen. Aus sozialen und humanitären Gründen muß bei längerem Aufenthalt der Nachzug der Familie möglich sein.
- (159) Eine von der CDU geführte Landesregierung wird folgendes politische Programm für die ausländischen Arbeitnehmer verfolgen:
- die Verbesserung der Wohnsituation, die mit einer Voraussetzung für die Familienzusammenführung ist,
 - eine gezielte Förderung der schulischen und außerschulischen Betreuung der Kinder und Jugendlichen, die Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten sowie eine verstärkte Erwachsenenbildung,
 - eine sinnvolle Schulbildung für Kinder ausländischer Arbeitnehmer muß darauf achten, daß sie die Beziehung zu ihrem Heimatland und zu ihrer Muttersprache nicht verlieren,
 - eine verstärkte Unterstützung der freigemeinnützigen Verbände oder anderer geeigneter Träger, die sich die soziale oder kulturelle Betreuung der ausländischen Arbeitnehmer zur Aufgabe gemacht haben,
 - eine Verbesserung der Beratung der ausländischen Arbeitnehmer in ihrer Muttersprache, insbesondere durch entsprechende Broschüren,
 - eine wirksame Gestaltung der Aufsichtsmöglichkeiten, um der mißbräuchlichen Ausnutzung ausländischer Arbeitnehmer besser begegnen zu können.
- (160) Nach Auffassung der CDU Hessen liegt es im Interesse der Herkunftsländer, daß die ausländischen Arbeitnehmer nach einer gewissen Zeit wieder in ihre Heimat zurückkehren. Damit können sie mit ihren in der Bundesrepublik Deutschland erworbenen Fähigkeiten und Erfahrungen zu einer verstärkten wirtschaftlichen Entwicklung beitragen.
- (161) Für die deutsche Wirtschaft ist damit die Aufforderung verbunden, verstärkt in den Heimatländern der bei uns tätigen ausländischen Arbeitnehmer Investitionen vorzunehmen, um dort ein entsprechendes Arbeitsangebot zu schaffen.

9. Bedarfsgerechte Gesundheitspolitik zu sozial tragbaren Kosten

- (162) Ziel der Politik der CDU ist die überlegte, sachbezogene Weiterentwicklung und Verbesserung des Gesundheitswesens und der gesundheitlichen Betreuung der Bevölkerung. Allerdings geht die CDU davon aus, daß die finanziellen Lasten der Bevölkerung durch Sozialabgaben nicht mehr steigerungsfähig sind. Eine maßvolle Senkung der Verweildauer in den Krankenhäusern wäre deshalb ein wirksamer Beitrag zur Entlastung der Arbeitnehmer vom Druck der Sozialabgaben.
- (163) Die CDU tritt für ein freies, vielgestaltiges Gesundheitswesen ein und wendet sich gegen alle Tendenzen der Bürokratisierung und der Sozialisierung. Sie will

in Stadt und Land gleichwertige Voraussetzungen für ein modernes Gesundheitswesen schaffen und dem Bürger zur Bewahrung seiner Gesundheit wie im Krankheitsfall ein bedarfsgerecht gegliedertes und funktional abgestimmtes System der gesundheitlichen Sicherung anbieten.

Die gesundheitspolitischen Aufgaben sind nur in Gemeinschaft und Partnerschaft aller im Gesundheitswesen Tätigen zu lösen. Die Eigenständigkeit der privaten und freien Träger ist zu respektieren. Freie und öffentliche Träger sind gleich zu behandeln.

- (164) Die CDU wird die gesundheitliche Vorsorge verstärken. Dazu gehört das Wecken der Verantwortung für eine gesunde Lebensweise. Die Aufklärung über die großen Volkskrankheiten und die Werbung gegen den Mißbrauch von Nikotin, Alkohol und Drogen sind zu verstärken.
- (165) Die CDU fordert die Herstellung der Funktionsfähigkeit des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der in seinem derzeitigen Zustand nicht in der Lage ist, auch nur die ihm übertragenen gesetzlichen Mindestaufgaben zu erfüllen.
- (166) Die CDU wird sich um die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung und der Arzneiversorgung in allen Landesteilen bemühen. Sie bekennt sich dabei zum freien Arzt- und Apothekerberuf und zur freien Arzt- und Apothekerwahl. Die Schließung bestehender Versorgungslücken ist in Zusammenarbeit mit den ärztlichen Selbstverwaltungsorganen anzustreben. Es sind insbesondere neue Formen ärztlicher Zusammenarbeit (Apparategemeinschaften, Praxismgemeinschaften, Gemeinschaftszentren, Gemeinschaftslabore) sowie weitere Möglichkeiten der Praxisrationalisierung zu unterstützen. Die CDU tritt allen politischen Bestrebungen entgegen, die Arzneiversorgung ganz oder teilweise in öffentliche Einrichtungen zu verlagern.
- (167) Die CDU tritt für eine bestmögliche ärztliche und pflegerische Versorgung aller Patienten ohne Rücksicht auf deren wirtschaftliche und soziale Stellung ein. Jeder Kranke, der stationäre Behandlung benötigt, soll ohne unzumutbare Wartezeiten Aufnahme in ein nahegelegenes Krankenhaus finden. Eine kostentreibende Überkapazität von Krankenhausbetten muß allerdings im Interesse einer Stabilisierung der Krankenkassenbeiträge vermieden werden.
- (168) Die CDU lehnt die Konzentration der Krankenhausversorgung in wenigen Großkrankenhäusern ab. Kleine und modern eingerichtete Krankenhäuser mit günstigem Pflegesatz dürfen nicht schematisch aus dem Krankenhausplan genommen werden, wenn dies den Interessen der medizinischen Versorgung der Bevölkerung widerspricht.
- (169) Die CDU tritt für die Beibehaltung des Belegarztsystems am Krankenhaus sowie für dessen Fortentwicklung ein.
- Die Tätigkeit für Ärzte am Krankenhaus ist durch vermehrte Schaffung von Lebensstellungen attraktiver zu gestalten.
- (170) Es ist sicherzustellen, daß private und freigemeinnützige Krankenhäuser, die nicht in den Krankenhausbedarfsplan aufgenommen sind oder herausgenommen werden sollen, weiterhin mit den gesetzlichen Krankenkassen abrechnen können.
- (171) Die CDU lehnt die Bürokratisierung der Krankenhäuser durch die drittelparitätische Besetzung der Krankenhausgremien ebenso ab wie eine Festbesoldung der Chefarzte. Beides führt zu keiner Leistungsverbesserung, sondern zu Qualitätsverlusten und Kostensteigerung. Die CDU befürwortet jedoch die entsprechende Beteiligung der Arbeitnehmer an den sie betreffenden Fragen nach dem Personalvertretungsgesetz.

- (172) Eine besondere Förderung im Rahmen der Gesundheitspolitik ist der Versorgung psychisch Kranker sowie geistig und seelisch Behinderter zu widmen, insbesondere durch Errichtung von psychiatrischen Fachkrankenhäusern.

Ergänzende Einrichtungen für die ambulante und halbstationäre Versorgung, Rehabilitation, Betreuung und Beratung sind bereitzustellen.

Die CDU wird Sofortmaßnahmen einleiten, um in den vorhandenen Einrichtungen zur Beseitigung der ärgsten Notstände bei der Unterbringung der Patienten, der Ausstattung und der personellen Besetzung beizutragen.

- (173) Die CDU wird die ambulante Pflege durch Förderung von Einrichtungen zur Alten-, Kranken- und Familienpflege verbessern.
- (174) Die CDU wird durch die Schaffung eines landesweiten Unfallrettungsdienstes in Zusammenarbeit mit allen freien Wohlfahrtsverbänden den Unfalltod wirksam bekämpfen.
- (175) Eine Verstärkung der Verkehrsaufklärung für Kinder, Jugendliche und ältere Menschen soll die Gefahren im Straßenverkehr mindern helfen.

VI. MENSCHENGERECHTER STÄDTEBAU

=====

- VERBESSERUNG DER BEDINGUNGEN DES TÄGLICHEN LEBENS

=====

1. Menschengerechter Städtebau

- (176) Die CDU verfolgt eine an den Bedürfnissen des Menschen orientierte Städtepolitik. Eine richtig verstandene Stadtentwicklungsplanung muß alle dafür in Betracht kommenden Bereiche sinnvoll aufeinander abstimmen.
- (177) Stadtplanung muß die zukunftsorientierten Leitlinien für die Verwirklichung der freien und menschlichen Stadt setzen. Sie darf keinen wie auch immer gearteten Einzelinteressen unterworfen werden. Alle Vorhaben im Bereich der Stadtentwicklung und -planung, die die Bürgerschaft oder Teile davon betreffen, sind frühzeitig für die öffentliche Diskussion freizugeben.
- (178) Ziel der Stadtentwicklung muß ein menschengerechter Städtebau, die Stadt-sanierung unter Erhaltung der brauchbaren Bausubstanz und geschichtlich gewachsener Wohnbezirke, die Wiederbelebung verödeter Stadtzentren und die Berücksichtigung der Eigenart und des historischen Charakters des jeweiligen Gemeinwesens sein.
- (179) Zur Vermeidung reiner Schlafstädte und Gewerbe- bzw. Bürobezirke ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohn- und Arbeitsstätten und Gemeinschaftseinrichtungen zu gewährleisten. Hierzu sollen Wohnungsbauten in Trabantenstädten (Schlafstädten) nicht weiter unterstützt, sondern stattdessen wirtschaftlich selbständige Siedlungen außerhalb der Ballungsgebiete gefördert werden. Ghettsituationen in innerstädtischen Bereichen ist entgegenzuwirken.
- (180) Die Erhaltung und Verbesserung des gegenwärtigen Wohnungsbestandes wird durch Altbausanierung gefördert. Dabei soll die Modernisierung gewachsener Strukturen Vorrang vor einer Flächensanierung durch Abriß und Neubebauung haben. Sanierungsbeschlüsse sind nur bei gesicherter Finanzierung sinnvoll.
- (181) Eine Weiterentwicklung des geltenden Bodenrechts hat in der Weise zu erfolgen, daß ein gemeinschaftsbezogener Städtebau den grundgesetzlichen Eigentumschutz wahrt.
- (182) Die CDU lehnt Sozialisierung und Kommunalisierung des Bodens sowie die Besteuerung nicht realisierter Wertzuwächse als ungeeignetes Mittel der Bodenordnung ab. Die breite Streuung privaten Eigentums bleibt für die CDU Grundlage des Bodenrechts.
- (183) Eine sinnvolle Privatisierung des Wohnungsbestandes der großen Wohnungsgesellschaften und des öffentlichen Wohnbesitzes zum Zwecke der Vermögensbildung breiter Bevölkerungsschichten ist anzustreben.

2. Familiengerechtes Wohnen

- (184) Im Städte- und Wohnungsbau wird die CDU besonders auf die Bedürfnisse der kinderreichen Familien, älteren Mitbürger, Behinderten und Alleinstehenden Rücksicht nehmen.

- (185) Die CDU wird verstärkt den Familienheimbau für kinderreiche und junge Familien fördern.
- (186) Die CDU wird die Voraussetzungen dafür schaffen, daß in unmittelbarer Nähe der Wohnungen bzw. in erreichbarer Nähe Spielflächen für Kleinkinder sowie Spiel- und Sportplätze für größere Kinder und Jugendliche geschützt vor den Einwirkungen des Straßenverkehrs angelegt werden.
- (187) Durch eine Überführung öffentlichen Wohnbesitzes mit Hilfe eines modernen Wohnkaufrechts sollen insbesondere einkommensschwache Bevölkerungsgruppen und kinderreiche Familien unterstützt und ihnen die Bildung von persönlichem Eigentum auf diese Weise erleichtert werden.

3. Bedarfsgerechter Sozialwohnungsbau

- (188) Eine Verbesserung des sozialen Wohnungsbaues, insbesondere zugunsten kinderreicher und minderbemittelter Familien, ist dringend notwendig. Ein ausgeglichener Wohnungsmarkt besteht für diese Familien vielfach nicht. Ein teilweise gegebener Überschuß an teuren freifinanzierten Wohnungen bietet keinen Ausgleich für fehlende Sozialwohnungen zu sozial tragbaren Mieten.
- (189) Die Förderung des sozialen Wohnungsbaues muß verstärkt von der Objekt- zur Individualförderung übergeleitet werden. Die Individualförderung soll künftige Fehlbelegungen vermeiden und analog dem Wohngeld ausgestaltet werden (Mietzuschuß).
- (190) Die CDU setzt sich für eine verstärkte Verfolgung von Mietwucher ein.
- (191) Bei der Bewerbung von jungen Familien um eine Sozialwohnung sollte in den ersten drei bis fünf Jahren nur ein Einkommen angerechnet werden, damit junge Familien diese besondere Phase der finanziellen Belastung leichter überbrücken können.

4. Freizeit- und Naherholungseinrichtungen

- (192) Durch die veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen verfügen die Bürger über mehr Freizeit. Daher sind entsprechende Möglichkeiten anzubieten, diese Freizeit sinnvoll zu nutzen.
- (193) Die CDU gibt im Freizeitbereich der Privatinitiative den eindeutigen Vorrang. Wachsende Freizeit erfordert zwar ein breites Freizeitangebot, jedoch darf die freie Zeit nicht durch die öffentliche Hand verplant und verwaltet werden.
- (194) Der Erholung in den Grünanlagen und nahegelegenen Wäldern kommt eine besondere Bedeutung zu. Die CDU wird in unmittelbarer Nähe der Verdichtungs-räume Naherholungsmöglichkeiten erhalten und neue schaffen.
- (195) Eine Zersiedelung freier ländlicher Räume durch Anlagen der Freizeit-industrie ist zu verhindern.

- (196) Noch intakte Landschaftsbereiche dürfen nicht durch planlose Anlagen von Wochenendhäusern und Erholungseinrichtungen zerstört werden, so daß sie zur Deckung umfassender Erholungsbedürfnisse der Menschen nicht mehr geeignet sind.
- (197) Die CDU sieht in Kleingartenanlagen einen wertvollen Beitrag zur Freizeitgestaltung, zur Förderung zwischenmenschlicher Beziehungen, zur Erhaltung einer gesunden Umwelt, Naherholung und Landschaftspflege. Kleingartenanlagen sollen daher erhalten, gefördert und vermehrt werden.

5. Sport dient der Gesundheit

- (198) Die körperliche Bewegung ist im Zeitalter des "Sitzens" bei den meisten Menschen nicht mehr ausreichend. Sport erfüllt die wichtige Aufgabe des Ausgleichs. Sport ist aktive Gesundheitsvorsorge.
- (199) Die CDU weiß, daß Gesundheitspolitik ohne sinnvolle und breit wirkende Sportförderung auf die Dauer ohne Erfolg bleiben muß.
- (200) Daher will die CDU
- Sportvereine und -verbände fördern und sie bei der Erfüllung solcher Aufgaben unterstützen, die sie nicht aus eigener Kraft bewältigen können,
 - dafür sorgen, daß Freiheit und Selbstverwaltung im Sport nicht durch öffentliche Förderungsmaßnahmen eingeschränkt werden,
 - die Sportstättenplanung und den Sportstättenbau intensiv betreiben,
 - Sportanlagen in einer angemessenen und wirtschaftlichen Bauweise errichten,
 - Anlagen sowohl dem Vereinssport wie auch dem Freizeit- und Schulsport zugänglich machen,
 - die Ausbildung von Übungsleitern, Sportlehrern und sportmedizinischen Fachkräften unterstützen.
- (201) Der Sportunterricht wird in allen Schulformen - insbesondere auch in den berufsbildenden Schulen - durch den Bau funktionsgerechter Sportstätten, den Einsatz ausreichend vorgebildeter Sportlehrer sowie eine verstärkte Berücksichtigung bei der Lehrplangestaltung verbessert. An den Hochschulen und Universitäten sollen der Sport und die sportwissenschaftliche Forschung eine verstärkte Förderung erfahren.

VII. UMWELTSCHUTZ - EINE ZUKUNFTSAUFGABE

1. Umweltvorsorge als Einheit

- (202) Die Vorstellung, daß Luft, Wasser und Landschaft "freie Güter" seien, die in unerschöpflichem Ausmaß zur Verfügung stehen, hat zu einem Raubbau an der natürlichen Umwelt geführt, der Leben, Gesundheit und Wohlbefinden künftiger Generationen bedroht. Trinkwasserknappheit, verunreinigte Flüsse und Seen, Müllberge, gefährliche Industrieabfälle, Luftverschmutzung, Lärmbelästigung und zersiedelte oder brachliegende Landschaft haben mit der Industrialisierung, dem Bevölkerungswachstum und der Ausbreitung der Ballungsräume zugenommen. Die Vielfalt der Umweltbelastungen in Ballungsgebieten fordert die Koordination aller umweltlastenden Maßnahmen. Eine auf Wachstum ausgerichtete soziale Marktwirtschaft wird die Kosten für solche Umweltschutzmaßnahmen aufbringen können.
- (203) Die CDU wird in Ergänzung der Umweltschutzmaßnahmen auf den einzelnen Gebieten ein großräumiges, alle Zweige des Umweltschutz umfassendes Vorsorgekonzept erarbeiten, bei dem der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Industrie, öffentlicher Hand und Bürgern ebenso Rechnung getragen wird wie dem Interessenausgleich zwischen den Regionen. Hierbei ist eine Abwägung zwischen ökonomischem Aufwand und dem zu erzielenden ökologischen Effekt sicherzustellen.
- (204) Die CDU Hessen wird eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit über Maßnahmen des Umweltschutzes auf Landesebene betreiben und für eine allgemein verständliche Gesetzgebung im Umweltschutz sorgen.
Bei allen Standortentscheidungen sollen rechtzeitig Raumordnungsverfahren durchgeführt werden.

2. Lebenswichtiges Wasser

- (205) Der zunehmende Wasserbedarf von Haushalten, Industrie und Landwirtschaft einerseits und die Verknappung des Grundwassers, seine Verunreinigung durch Sonderabfälle sowie der Verschmutzungsgrad der für die Trinkwassergewinnung immer wichtigeren Oberflächengewässer andererseits, stellen uns vor ähnlich große Probleme wie drohende Energieverknappung. Hinzu kommen regionale Ungleichgewichte der Verteilung von Wasseraufkommen und Wasserverbrauch, nur unzureichend mögliche Vorratshaltung und klimatische Unregelmäßigkeiten (Dürreperioden).
- (206) Die CDU Hessen wird im Rahmen ihrer Umweltschutzkonzeption folgenden Punkten besondere Aufmerksamkeit schenken:
 - einer kontrollierten Grundwasserentnahme in enger regionaler und überregionaler Abstimmung, um Raubbau zu verhindern,
 - dem Schutz des Grundwassers vor Verunreinigung durch gefährliche Abfälle, insbesondere durch die sorgfältige Überwachung von Sondermülldeponien,
 - der ausgeglichenen Bewirtschaftung und bestmöglichen Nutzung der Wasservorräte durch Talsperren und Rückhaltebecken,
 - der weitestmöglichen Verwendung von Brauchwasser, insbesondere von ungeklärtem Oberflächenwasser, durch Industrie und Landwirtschaft,
 - dem Bau vollbiologischer Kläranlagen, vor allem durch die Kommunen,

- der Förderung neuer Technologien für die Reinigung und Entkeimung der Gewässer und die Verringerung der Wärmebelastung der Flüsse durch Kernkraftwerke,
- der nationalen und internationalen Zusammenarbeit in allen Fragen des Gewässerschutzes.

3. Abfallbeseitigung und -wiederverwendung

- (207) Die geordnete und gefahrlose Beseitigung von Abfall ist im Interesse des Grundwasserschutzes, des Landschaftsschutzes und der Gesundheit der Bevölkerung von besonderer Bedeutung. Nachdem bei Hausmüll die Fragen der Einsammlung, des Transports und der Beseitigung in geordneten Deponien oder Verbrennungsanlagen bereits angepackt und wilde Müllkippen geschlossen und teilweise rekultiviert sind, wird das Problem des gewerblichen Sondermülls immer dringlicher. Die Industrie, die nach dem Verursacherprinzip zur Beseitigung ihrer Abfälle verpflichtet ist, kann dieser Pflicht solange nicht nachkommen, wie keine geeigneten Sondermülldeponien vorhanden sind. Andererseits müssen gerade bei Anlagen dieser Art Standort und vorhandene Umweltbelastung besonders eingehend geprüft werden, so daß die rechtzeitige Durchführung von Raumordnungsverfahren unumgänglich ist.
- (208) Mit steigender Abfallmenge und zunehmender Rohstoffknappheit rückt außerdem die Wiederverwertung von Abfällen in den Vordergrund. Die Entwicklung geeigneter Verfahren (Recycling) ist daher zu fördern.
- (209) Die CDU Hessen wird im Rahmen ihrer Gesamtkonzeption bei der Abfallbeseitigung insbesondere folgenden Punkten Beachtung schenken:
 - baldige Einrichtung von Sondermülldeponien an geeigneten Standorten,
 - der verstärkten Förderung der Hessischen Industriemüll GmbH (Gemeinschaftseinrichtung der Industrie unter Beteiligung des Landes Hessen), um eine zügigere Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen,
 - der Zuverlässigkeit, fachlichen Eignung und Kontrolle der Firmen und Personen, die mit Transport und Beseitigung gefährlicher Abfälle betraut sind,
 - der Beseitigung nicht abbaubarer Teile des Hausmülls (Kunststoffabfälle) zusammen mit dem gewerblichen Sondermüll,
 - der Erhaltung und Einrichtung ortsnaher Deponien für Erdaushub, Bauschutt und pflanzliche Reste,
 - der Entwicklung umweltfreundlicher Produkte und Herstellungsverfahren,
 - der besseren Nutzung der bei der Verbrennung von Abfällen entstehenden Abwärme,
 - der Verwendung deponierter und kompostierter Abfälle zur Landschaftsgestaltung,
 - der Herstellung neuer Produkte (Baustoffe, Papier) aus Abfällen.

4. Schutz vor Luftverschmutzung und Lärmbelästigung

- (210) Die Verschmutzung der Luft durch Feuerungsanlagen, Verkehr und Produktion ist eines der Hauptprobleme der Verdichtungsgebiete. Die Menschen im Verdichtungsgebiet sind zusätzlich der Lärmbelästigung durch Hauptverkehrswege, Flugverkehr, Baustellen und Industriebetriebe ausgesetzt.
- (211) Die CDU Hessen sieht den Schutz vor Luft- und Lärmimmissionen als wesentlichen Teil der Umweltvorsorge an. Sie wird insbesondere
- a) den Immissionsschutz bei Städte- und Regionalplanung (kurze Verkehrswege zwischen Wohn-, Arbeits- und Einkaufsort, Frischluftschneisen) berücksichtigen,
 - b) darauf achten, daß auch klimatische Bedingungen bei der Anlage von Industriegebieten berücksichtigt werden,
 - c) für eine lückenlose Überwachung der Luftverschmutzung durch ein ausreichend dichtes Netz fester und beweglicher Meßanlagen Sorge tragen,
 - d) bei der Neuplanung von Verkehrswegen möglichst wenig Wohngebiete berühren und auf die Einhaltung eines genügenden Abstandes neu zu errichtender Wohnbebauung zu vorhandenen und geplanten Industrie- und Verkehrsanlagen hinwirken,
 - e) bei der Finanzierung von Straßenbauvorhaben und Bundesbahnbauvorhaben dafür sorgen, daß ein ausreichender Teilbetrag für Schutzbepflanzungen und Schutzwälle vorgesehen und die Verwendung schalldämmender Bauelemente, Bauformen und Fenster in lärmgeschädigten Gebieten bezuschußt wird,
 - f) die Entwicklung, Erprobung und den Einsatz abgas- und geräuscharmer Maschinen, Kraftfahrzeuge und Flugzeugmotoren unterstützen.

5. Mensch und Landschaft

- (212) Die CDU Hessen mißt dem Kontakt des Menschen mit der Natur eine große Bedeutung bei.
- (213) Mit der zunehmenden Siedlungsdichte wurde das ökologische Gleichgewicht im Ballungsraum empfindlich gestört. Mit der großräumigen Wanderung aus dem ländlichen Raum in das Rhein-Main-Gebiet wächst die Problematik dadurch, daß sich im Verdichtungsgebiet die Städte in die Landschaft hinein ausdehnen, während andererseits abgelegene Regionen durch Abwanderung der Bewohner zu veröden beginnen.
- (214) Der Bestand der Landschaft ist durch verbindliche Landschaftspläne als Teil der Bauleitplanung zu sichern. Unvermeidbaren Eingriffen in die Landschaft sollen unverzüglich Rekultivierungsmaßnahmen folgen. Dem Ausbau vorhandener Verkehrswege ist vor der Anlage neuer Trassen nach Möglichkeit Vorrang zu geben.
- (215) Eine weitere Dezimierung der für Klima, Luftverbesserung, Grundwasserspiegel und Bodenkonservierung unentbehrlicher Wälder muß besonders vor den Toren der Städte vermieden werden.
- (216) Umweltgesichtspunkte müssen bei der Bewirtschaftung stadtnaher Wälder eine besondere Rolle spielen.

Natur- und Landschaftsschutz dienen in erster Linie der Erhaltung der natürlichen Landschaft und ihrer Tier- und Pflanzenwelt. Deshalb sind Flußbegradigungen auf das für den Hochwasserschutz unumgängliche Mindestmaß zu reduzieren und die Uferränder wieder neu zu bepflanzen.

Die Eigentümer von Grundstücken, die für den Natur- und Landschaftsschutz oder für Erholungswald in Anspruch genommen werden, sind - möglichst durch Bereitstellung von Ersatzflächen - angemessen zu entschädigen.

- (217) Die CDU wird Stadterholungslandschaften jeder Art (auch innerstädtische) fördern sowie die hessischen Naturparks weiter ausbauen und die Sozialbranche durch geeignete Maßnahmen zurückdrängen.

VIII. RECHT, SICHERHEIT UND ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

1. Bekanntnis zur wehrhaften Demokratie

(218) Es ist Aufgabe des Staates, öffentliche Sicherheit und inneren Frieden zu gewährleisten. Freiheit und Entfaltungsmöglichkeiten jedes einzelnen hängen davon ab, ob der Staat diese Pflicht erfüllt. Daher fordern die Bürger mit Recht, daß die politisch Verantwortlichen diese Pflicht des Staates auch ernstnehmen. Umgekehrt kann der Staat seine Pflicht nur dann wahrnehmen, wenn Justiz und Polizei das Vertrauen der Bürger genießen. Die große Mehrheit in einem Volk muß davon überzeugt sein, daß das Recht und die staatliche Gewalt, die das Recht wahrt und durchsetzt, legitim sind. Sie sind dadurch gerechtfertigt, daß sie den Interessen der Gesamtheit und damit auch der Existenz jedes einzelnen dienen. Damit diese Überzeugung aufrechterhalten bleibt, müssen die hervorgebrachten Rechtsgrundsätze gefestigt und das Geschichtsbewußtsein gepflegt werden, das dem einzelnen die Zusammengehörigkeit, Verbundenheit und gegenseitige Abhängigkeit aller in einem Gemeinwesen mit gleicher Vergangenheit Lebenden deutlich macht.

(219) Leider sind öffentliche Sicherheit und innerer Friede heute keine Selbstverständlichkeit mehr. In der Verantwortung stehende Politiker von SPD/F.D.P. nehmen diese Aufgabe nicht ernst genug. Nachlässigkeit, absichtlich lasche Haltung, überzüchtetes Verständnis für den Gesetzesbrecher und Gesetzesänderungen, die der Polizei das rasche und wirksame Eingreifen erschweren und der Justiz die notwendigen Mittel zum Schutz der Gemeinschaft vor den Gesetzesbrechern aus der Hand nehmen, sind Kennzeichen einer bedrohlichen Entwicklung.

Eine von der CDU gebildete Regierung wird die innere Sicherheit gewährleisten. Die Erhaltung des Freiheitsraumes des einzelnen und bessere Lebensbedingungen für alle hängen entscheidend von der inneren Sicherheit ab.

(220) Wer zur Durchsetzung seiner politischen Ziele Gewalt propagiert oder anwendet, muß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unserer Rechtsordnung zur Rechenschaft gezogen werden. Nur ein Staat, der bereit ist, die Grundsätze, auf denen er beruht - und damit sich selbst - wirksam zu verteidigen, kann persönliches Engagement seiner Bürger erwarten.

2. Schutz der Bürger vor Verbrechen

(221) Innere Sicherheit bedeutet Schutz des Bürgers vor dem Verbrechen und Schutz des Staates und seiner Einrichtungen vor Angriffen auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung von innen her.

(222) Die Polizei hat zur Gewährleistung der inneren Sicherheit die Aufgabe der vorbeugenden und strafverfolgenden Verbrechensbekämpfung. Polizeiliche Zwangsmaßnahmen dürfen ausschließlich den Zweck haben, die Freiheit und die Rechte des einzelnen gegen Übergriffe von Rechtsbrechern zu schützen und Gefahren für den Bestand oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes abzuwehren.

(223) Ein Streikrecht für die Polizei kann es sowohl aus übergeordneten Gründen des öffentlichen Wohls als auch aus den hergebrachten Grundsätzen des Beamtenrechts, an denen festzuhalten ist, nicht geben.

(224) Die Polizei hat einen Anspruch auf das uneingeschränkte Vertrauen des Staates und der politisch Verantwortlichen insbesondere auch in kritischen Situationen sowie auf einen Schutz vor ungerechtfertigten Angriffen.

(225) Die CDU hält am föderativen Aufbau der Polizei fest. Die Bekämpfung des Verbrechens über Ländergrenzen hinweg und die Zusammenarbeit der polizeilichen Einrichtungen der Länder und des Bundes sind zu verbessern. Es ist daher die Beseitigung der rechtlichen und tatsächlichen Unterschiede zwischen den Landespolizeien und die Vereinheitlichung insbesondere des Laufbahnrechts, der Ausbildung und der materiellen Ausstattung zu fordern.

(226) Die Neuordnung der Polizeiorganisation mit dem Ziel, größere polizeiliche Einsatzbereiche zu schaffen, ist anzustreben. Dabei sind die Grenzen der Einsatzbereiche nach polizeitaktischen und kriminalgeographischen Gesichtspunkten so zu ziehen, daß die neuzuschaffenden Polizeiregionen mehrere Landkreise umfassen. Schutz- und Kriminalpolizei sind unter einem Dach zusammenzufassen. Gleichzeitig muß die Polizei in die Lage versetzt werden, stärker "vor Ort" tätig werden zu können. Die Einrichtung von Polizeikontaktrevieren in den Städten und in den einwohnerstarken Gemeinden der Ballungsgebiete ist dazu notwendig. Eine ähnliche Polizeiorganisation ist auch in den ländlichen Gemeinden anzustreben. Die Kriminalitätsentwicklung der letzten Jahre zeigt, daß es für die Polizei keinen Rückzug aus der Fläche geben darf. Vielmehr muß durch Verbesserung der Ausstattung auch der kleinen Polizeistationen der Schutz der Bürger entscheidend verbessert werden. Die Schutzpolizei ist personell in die Lage zu versetzen, verstärkt Fußstreifen wieder einzuführen.

(227) Die Behörden des Verfassungsschutzes haben die Polizei in ihrer Aufgabe, den Bestand und die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Landes oder des Bundes zu schützen, nachhaltig zu unterstützen. Die Zusammenarbeit der Behörden untereinander, aber ebenso auch mit anderen nachrichtendienstlichen Organisationen und dem Bundeskriminalamt ist zu intensivieren. Dies gilt besonders für die Bekämpfung des Terrorismus. Der Verfassungsschutz des Landes wird organisatorisch und personell zur Überwachung von extremistischen Ausländerorganisationen befähigt.

(228) Die CDU wird Terrorismus und politischen Extremismus entschiedener und wirkungsvoller als bisher geschehen bekämpfen. Wer Terrorismus und politischen Extremismus rechtfertigt, stellt sich außerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung. Zum verstärkten Kampf gegen Terrorismus und zum Schutz gegen Verfassungsfeinde gehört auch eine regelmäßige und umfassende Unterrichtung der Öffentlichkeit über den Stand der inneren Sicherheit in Hessen, insbesondere über die Entwicklung der politisch motivierten Gewaltkriminalität, von Terrorismus und verfassungsfeindlichen Bestrebungen sowie über die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung.

3. Öffentlicher Dienst, Leistungsprinzip, Treuepflicht

(229) Die Hessische CDU und eine von ihr gestellte Landesregierung werden Parteibuchwirtschaft, Amterpatronage und Machtverfilzung ein für allemal beenden. Die Bürger Hessens sollen niemals von einer Partei abhängig sein. Staat und Partei sind streng zu trennen. Jeder Bürger muß vom Staat ohne Rücksicht auf seine politischen Vorstellungen gleich behandelt werden.

- (230) Leistungen des Staates für den Bürger erfordern eine verfassungstreue, bürgernahe und wirkungsvoll arbeitende öffentliche Verwaltung. Einstellung, Aufstieg und Aufgabenzuweisung im öffentlichen Dienst sind ausschließlich nach Eignung und Leistung vorzunehmen. Nur ein von fachlicher Leistung und Pflichtbewußtsein geprägter öffentlicher Dienst sichert die Erfüllung aller Verwaltungsaufgaben.
- (231) Öffentliche Verwaltung muß unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit organisiert und geführt werden. Der ständigen Stellenvermehrung im öffentlichen Dienst ist durch Rationalisierung und Leistungssteigerung zu begegnen.
- (232) Die CDU hält an den bewährten Grundlagen des Berufsbeamtentums fest.
- (233) Ein Streikrecht für Beamte wird abgelehnt.
- (234) Der Gewinnung leistungsfähigen Nachwuchses sowie der umfassenden Aus- und Fortbildung wird die besondere Aufmerksamkeit der CDU gelten.

4. Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst

- (235) Der Kampf gegen Verfassungsfeinde, welcher politischen Richtung auch immer, kann nur gewonnen werden, wenn einerseits der Staat seine Ordnungsaufgaben in allen Verantwortungsbereichen entschlossen und mit seiner ganzen Autorität wahrnimmt und andererseits der einzelne Bürger bereit ist, sich zu der freiheitlichen Grundordnung nicht nur zu bekennen, sondern sie im Falle ihrer Gefährdung auch entschieden zu verteidigen.
- (236) Der Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gebietet es, daß der Weg in den Staatsdienst nur verfassungstreuen Bürgern offensteht, da sie in einer besonderen Treuepflicht zum Staat stehen.

Das Recht der parteipolitischen Betätigung ("Parteienprivileg") ist der beamtenrechtlichen Treuepflicht untergeordnet.

- (237) Zugang zum öffentlichen Dienst werden in Hessen nur solche Bewerber erhalten, an deren Verfassungstreue und Bereitschaft zum aktiven Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung kein Zweifel besteht. Wer die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Staates bekämpft, wer einer Partei oder Organisation angehört, die unseren Staat bekämpft und die Grundprinzipien seiner Verfassung ablehnt, ist ungeeignet für den öffentlichen Dienst. Im Falle eines schon bestehenden Dienstverhältnisses rechtfertigen diese Tatbestände die Einleitung disziplinarischer Maßnahmen und ein Entfernen von Mitgliedern solcher Gruppierungen nach den Grundsätzen des Rechtsstaates aus dem öffentlichen Dienst.
- (238) Die beamten- und tarifrechtlichen Regelungen zur Durchsetzung dieser Grundsätze werden von einer CDU-Landesregierung umgehend angewendet. Dabei wird die besondere Lage der im öffentlichen Dienst Auszubildenden berücksichtigt, soweit ein staatliches Ausbildungsmonopol für bestimmte Berufszweige besteht.

5. Stärkung der Rechtspflege

- (239) Die Unabhängigkeit der Justiz als "dritter Gewalt" ist für die CDU unantastbar. Davon ausgehend wird eine CDU-Landesregierung die Richterwahl auf neue Grundlagen stellen. Die Qualität der Juristenausbildung wird verbessert werden.

- (240) Die CDU wird ihren Vorschlag durchsetzen, daß sich der Richterwahlausschuß künftig aus 8 Landtagsabgeordneten, 6 Richtern und 1 Vertreter der Rechtsanwaltschaft zusammensetzt, um einer parteipolitischen Beeinflussung der Rechtspflege vorzubeugen. Die Richter wählen ihre Vertreter in Urwahl selbst.
Der Richterwahlausschuß soll künftig nicht nur bei Einstellungen, sondern auch bei Beförderungen und Versetzungen von Richtern tätig werden.
Eine Verlängerung der Experimentierphase für die "einphasige Juristenausbildung" über das Jahr 1981 hinaus wird von der CDU abgelehnt.
- (241) Durch eine vereinfachte Gerichtsorganisation, Rationalisierung der Gerichtsverwaltung, Entlastung der Richter und Staatsanwälte durch Hilfskräfte und durch den Einsatz technischer Hilfsmittel wird eine Verkürzung der Prozedurdauer angestrebt. Durch einen zu erstellenden Justizentwicklungsplan soll der mittelfristige Personalbedarf der hessischen Justiz ermittelt werden. Eine CDU-Landesregierung wird den bestehenden Rückstand an unerledigten Prozessen an Hessens Gerichten ("Klageberg") innerhalb von zwei Jahren abzubauen, indem sie zusätzliche Richterstellen sowie weitere Stellen für nicht-richterliches Personal schafft.
- (242) Das Schwinden von verbindlichen Normvorstellungen auf dem Gebiet des Rechts bei Jugendlichen und Heranwachsenden sowie die steigende Jugendkriminalität erfordern einen schnellen Ausbau des Rechtskundeunterrichts an den Schulen.
- (243) Eine CDU-Landesregierung wird über den Bundesrat die Vereinheitlichung des Verfahrensrechts für alle Zweige der Gerichtsbarkeit anstreben, um die Verfahren zu beschleunigen und dadurch den Rechtsschutz für die Bürger zu erhöhen.
Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß die Sprache der Gesetze und Gerichtsentscheidungen klar und dem Rechtsuchenden verständlich ist. Die Zahl der Gesetze und Verordnungen darf nicht im gleichen rasanten Tempo wie bisher weiterwachsen. Im Interesse aller Rechtsanwender ist eine größere Übersichtlichkeit der verschiedenen Rechtsmaterien anzustreben. Die "Durchforstung" aller Rechtsgebiete auf Vereinfachungsmöglichkeiten ist dazu notwendig.
- (244) Im Interesse größerer Gerechtigkeit und eines verbesserten Schutzes der Bevölkerung sind Straftäter unverzüglich anzuklagen und abzuurteilen. Hierzu gehört auch die rigorose Heranziehung der Verantwortlichen zum Ersatz bei Gewalttaten und Demonstrationen angerichteter Schäden.
- (245) Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß im Strafvollzug die Chancen für die Wiedereingliederung in die Gesellschaft gezielt verbessert werden, ohne daß der Strafzweck gefährdet wird. Die CDU wird dabei am Schuldstrafrecht festhalten. Die Strafe hat auch Sühnecharakter für begangenes Unrecht. Darüber hinaus darf die Sicherungsfunktion der Strafe, nämlich Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Straftätern zu gewährleisten, nicht vernachlässigt werden. An diesem Ziel ist auch das Bestreben nach Wiedereingliederung von Straftätern auszurichten und findet es seine Grenzen. Die Versorgung der Justizvollzugsanstalten mit qualifizierten Vollzugsbediensteten ist nachhaltig zu verbessern.
- (246) Zur Verhinderung von Straftaten ist die vorbeugende fürsorgliche Arbeit mit gefährdeten Jugendlichen zu verstärken.
- (247) Die CDU tritt für die energische Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität ein. Sie befürwortet die Schaffung neuer Regelungen im allgemeinen Strafrecht und im Wirtschaftsstrafrecht, die eine die Allgemeinheit und den einzelnen schädigende Verhaltensweise präventiv und effektiv zu bekämpfen in der Lage sind.

- (248) Das Ausweisungsrecht gegenüber straffälligen Ausländern ist entschlossen anzuwenden.
- (249) Eine unabhängige freie Anwaltschaft ist ein wesentlicher Garant des Rechtsstaates. Die Anwaltschaft ist der berufene Berater der Bevölkerung in allen Rechtsfragen. Qualifizierte Rechtsberatung braucht nicht eine Frage der Einkommenshöhe zu sein. Auch sozial Schwache haben einen Anspruch, in rechtlichen Fragen angemessen beraten zu werden. Die CDU setzt sich für die Freiheit der Advokatur und deren wirtschaftliche Sicherstellung ein. Dies verlangt andererseits von der Anwaltschaft, daß sie sich gegen Standesangehörige, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Staates zerstören wollen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln des Standesrechts zur Wehr setzt und derartige Anwälte aus der Anwaltschaft ausschließt.

6. Solide Verwaltungsreform

- (250) Eine Verwaltungsreform muß sich zum Ziel setzen, die politischen und administrativen Voraussetzungen zu schaffen, damit Regierung und Verwaltung den veränderten Anforderungen des modernen Industriestaates gerecht werden können.
- Die inzwischen eingetretene Aufgabenentwicklung im staatlichen wie im kommunalen Bereich kann jedoch nicht mehr kritiklos hingenommen werden. Der Staat hat nicht alle Lebensbereiche zu durchdringen, sondern nur die Aufgaben zu erfüllen, die anders nicht ebenso gut und ebenso wirtschaftlich erfüllt werden können. Der Versuch, alle Lebensbereiche mit staatlichen Aktivitäten zu überziehen und den einzelnen wie die Gemeinschaft insgesamt zu verplanen, ist mit den Grundsätzen der freiheitlichen Demokratie nicht zu vereinbaren. Diese gebieten vielmehr, Freiheitsräume des einzelnen wie auch der Gemeinschaft zur Selbstverwirklichung zu respektieren. Schließlich zwingt auch die Tatsache, daß die Anforderungen an Staat und Kommunen schneller wachsen als deren Einnahmen, zu einer zurückhaltenden Beurteilung der Notwendigkeit staatlicher und kommunaler Aufgabenerfüllung.
- (251) Nachdem die Gebietsneugliederung in Hessen gegen den Willen und die Vorstellungen der CDU von der sozialistisch-liberalen Koalition abgeschlossen worden ist, kann es nicht Aufgabe einer künftigen CDU-Landesregierung sein, ganz Hessen erneut mit einer Gebietsreform zu überziehen. Verwaltungen können nicht leistungsfähig bleiben, wenn sie ein Jahrzehnt lang einem ständig wechselnden "Veränderungsstreß" unterworfen werden. Die CDU wird jedoch die schwerwiegendsten Ungereimtheiten der abgeschlossenen Gebietsneugliederung beseitigen. Daher wird eine CDU-Mehrheit im Landtag die Stadt Lahn auflösen und das Gebiet nach Anhörung der Bürger neu gliedern.
- Eine CDU-Landesregierung wird die regionalen Planungsgemeinschaften auflösen. Die bestehende Regionalplanung wird durch die Regierungspräsidenten fortgeschrieben. Die Träger öffentlicher Belange werden durch Planungsbeiräte in den 6 Planungsregionen an der Fortschreibung der Regionalplanung beteiligt.
- Das Gesetz über den Umlandverband Frankfurt wird aufgehoben. Die dem Umlandverband zugewiesenen Aufgaben werden wieder an die betroffenen Gemeinden, Städte und Landkreise zurückübertragen.
- (252) Im übrigen wird eine CDU-Landesregierung eine unabhängige Sachverständigenkommission berufen, die die Aufgabe hat, die Ergebnisse der Gebietsreform in Hessen und die dabei entstandenen Verwaltungseinheiten auf ihre Bürgernähe, Effizienz, Wirtschaftlichkeit, Selbstverwaltungskraft usw. zu untersuchen und

in einem Korrekturplan für das ganze Land Vorschläge zu unterbreiten, welche Schlußfolgerungen für eine Veränderung der funktionalen und territorialen Gegebenheiten zu ziehen sind.

- (253) Weiterhin wird diese Kommission die Aufgabe haben, etwaige Ergebnisse der bisher von der SPD/F.D.P.-Koalition in Gang gesetzten Funktionalreform kritisch zu untersuchen und Mängel zu beheben. Dies gilt insbesondere für die neuorganisierten, dem Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt nachgeordneten Behörden.
- Voraussetzung jeder funktionalen Veränderung in der Verwaltung ist eine Kosten-Nutzen-Analyse. Erforderlich ist eine Übersicht, ob und welche Veränderungen des Verwaltungsaufbaues tatsächlich finanzielle Einsparungen oder Rationalisierungseffekte bringen. Die von der SPD/F.D.P. vorgesehene Funktionalreform erschöpft sich im wesentlichen in einem "Durcheinanderwürfeln" und Neuzusammensetzen des bestehenden Verwaltungsaufbaues.
- () Eine CDU-Landesregierung wird die Funktionalreform nach folgenden Grundsätzen betreiben:
- Verwaltungsaufgaben sind nach den Grundsätzen einfacher und moderner Verwaltung möglichst ortsnah zu erledigen. Aufgabenverlagerung nach unten schafft eine wichtige Vorbedingung für gute Verwaltungsleistungen gegenüber dem Bürger.
 - Zwischen den Verwaltungsstufen müssen klare Entscheidungsbefugnisse und zwischen den einzelnen Ministerien klare Kompetenzabgrenzungen geschaffen werden. Die bisherige Vielfalt der Prüfungsinstanzen und die Beteiligung mehrerer Entscheidungszuständiger behindern einen schnellen Verwaltungsablauf und verteuern die Verwaltung.
 - Im staatlichen Bereich sollte der Verwaltungsaufbau dreistufig sein, wobei die Dienst- und Fachaufsicht jeweils nur von der nächsthöheren Verwaltungsstufe ausgeführt werden sollte.
 - Den obersten Landesbehörden soll die Ausarbeitung von Gesetz- und Verordnungsentwürfen sowie die oberste Dienst- und Fachaufsicht obliegen. In den Vollzug der Gesetze sollen sie regelmäßig nur durch den Erlaß von Organisations- und Verwaltungsvorschriften eingreifen und durch allgemeine Richtlinien die Verwaltung lenken (Trennung von Regierung und Verwaltung). Aufgaben im Bereich der Mittelbewirtschaftung sind nur ausnahmsweise und nur insoweit ministerielle Tätigkeit, als sie in besonderem Maße der Änderung von Strukturen des Wirtschafts- und Soziallebens dienen. Oberste Landesbehörden sollten grundsätzlich nicht erstinstanzlich tätig werden, sondern sie haben sich vielmehr auf die Kontrolle der Gesetzesausführung zu beschränken.
 - Beim derzeitigen Gebietszuschnitt der Kreise, Städte und Gemeinden in Hessen kann auf eine funktionsfähige, staatliche Mittelinstanz nicht verzichtet werden. Daher hat die Behörde des Regierungspräsidenten die Aufgabe der staatlichen Mittelinstanz mit Bündelungsfunktion auch weiterhin wahrzunehmen. Die Aufgabenbündelung in der staatlichen Mittelinstanz bringt den zweckmäßigen und notwendigen Ausgleich zu der am Ressortprinzip orientierten Tätigkeit der Ministerien. Die Bildung neuer zentraler Landesämter, die den einzelnen Ressorts zugeordnet sind, ist daher bei Beibehaltung der Behörde des Regierungspräsidenten nicht sinnvoll.

- f) Die Eingliederung von Fachbehörden in den Landrat kann nach den Vorstellungen der CDU nicht stattfinden. Fachverwaltungen haben dann grundsätzlich ihre Existenzberechtigung, wenn sie Sonderaufgaben im staatlichen Bereich lösen, die nicht ohne weiteres in der allgemeinen staatlichen Verwaltung ihren Platz finden. Ziel einer sinnvollen Funktionalreform muß eine bessere Koordinierung der einzelnen Fachverwaltungen sein.
- g) Die im kommunalen Bereich bewährte Form der repräsentativen Demokratie ist zu stärken. Einschränkungen der kommunalen Selbstverwaltung sind im Interesse der Objektivität, der Sachgerechtigkeit und nicht zuletzt der Durchschaubarkeit von Entscheidungsfindungen abzuwehren. Auf der kommunalen Ebene vollzieht sich die Willensbildung der Bürger durch die von ihnen gewählten Vertretungen. Alle anderen Formen bürgerschaftlichen Engagements (Interessengemeinschaften, Bürgerinitiativen etc.) sind wertvoll und in dem Maße zu begrüßen, wie sie durch Anregungen und Beratungen zur Bürgernähe und objektiver Entscheidungsfindung beitragen. Die umfassende Verantwortung der kommunalen Vertretungskörperschaften (Gemeindevertretung, Stadtverordnetenversammlung, Kreistag) darf durch Mitbestimmungsrechte solcher häufig nur mit kurzfristigen Zielen arbeitenden Gruppen, die zudem der Gesamtheit der Bürgerschaft gegenüber nicht verantwortlich gemacht werden können, nicht ausgehöhlt werden.
- h) Eine Zielsetzung der Verwaltungsreform muß es vor allem sein, die Städte, Gemeinden und Kreise wieder in die verfassungskonforme Lage zu versetzen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen und Kommunalverbände müssen deshalb mit kommunalpolitisch wichtigen Aufgaben ausgestattet sein, für die überdies ein freier Entscheidungsspielraum gewährleistet sein muß. Staatliche Prüfung darf deswegen die kommunale Eigenständigkeit nicht ohne zwingende Notwendigkeit beschneiden oder gar in ihrem Wesen aushöhlen. Die CDU wird Möglichkeiten schaffen, die Anhörung der kommunalen Gebietskörperschaften bei der Landesgesetzgebung zu verbessern.
- i) Die Kompetenzen der Ortsbeiräte sollen gestärkt werden. Ein Engagement der Bürger kann nur erwartet werden, wenn Sitzungen nicht um ihrer selbst willen stattfinden, sondern Kompetenzen ausgeschöpft werden.
- j) Aus der Allzuständigkeit der Gemeinden folgt, daß staatliches Handeln sich nur auf jene Aufgaben und Zuständigkeiten beschränkt, die weder von der einzelnen Gemeinde oder von einer Mehrheit von Gemeinden, noch von Gemeindeverbänden erfüllt werden können. Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung erfordert auch eine Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen. Eine CDU-Landesregierung wird sich daher auch über den Bundesrat dafür einsetzen, daß nicht nur immer neue Gesetze des Bundes immer weitere Aufgaben auf die Gemeinden und Kreise abgewälzt werden, ohne daß diese dafür die notwendigen Finanzmittel erhalten.
- (255) Die CDU setzt sich für die Erhaltung der Ortsnamen von vor der Gebietsreform selbständigen Gemeinden ein. Sie wird dafür Sorge tragen, daß bei Vorliegen solcher örtlichen Wünsche auch durch eine entsprechende Beschilderung an den Ortsein- und -ausgängen der bisherige Ortsname kenntlich bleibt. Sie wird Namensänderungen, die gegen den Willen und die Vorstellungen von beteiligten Gemeinden getroffen wurden, korrigieren, wenn die Betroffenen dies wünschen.

7. Freiheit der Medien garantieren

- (256) Die Hessische CDU bekennt sich nachdrücklich zu der Freiheit von Presse, Rundfunk und Fernsehen, wie sie im Grundgesetz niedergelegt ist. Die öffentliche Hand hat dafür Sorge zu tragen, daß diese freiheitliche Struktur erhalten bleibt. Staatliche Eingriffe im Bereich der Medien sind abzulehnen. Die Unabhängigkeit der Journalisten ist zu sichern.
- (257) Der Schutz der Presse und ihre wirtschaftliche Sicherheit sind Voraussetzung für die Erhaltung der Pressefreiheit ebenso wie die privatrechtliche Organisation von Zeitungen und Zeitschriften.
- Die CDU tritt für die Erhaltung des publizistischen und ökonomischen Wettbewerbs ein. Die Konkurrenzfähigkeit der Medien ist durch eine presse-spezifische Form der Fusionskontrolle zu erhalten. Andere Maßnahmen wie Enteignung und Vergesellschaftung sind abzulehnen.
- (258) Die öffentlich-rechtliche Struktur von Rundfunk und Fernsehen ist kein Dogma. Wenn die öffentlich-rechtlichen Anstalten ihren gesetzlichen Auftrag nicht erfüllen, muß überprüft werden, inwieweit Anstalten in privater Programmschärferschaft das öffentlich-rechtliche System ergänzen können.
- (259) Die neuen Medien (Kassette, Gigahertzbereich, Kabelfernsehen, Bildschirmzeitung usw.) sollen entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung eingesetzt und weiterentwickelt werden. Eine alleinige Verfügung des Staates über neue Medien sowie ihre ausschließlich öffentlich-rechtliche Organisationsstruktur werden strikt abgelehnt.
- (260) Die Beibehaltung der Tendenzschutzvorschrift ist verfassungsrechtlich unverzichtbar. Jede Abänderung des gegenwärtigen Rechtszustandes gefährdet die Ausübung des Grundrechts der Pressefreiheit.
- (261) Ständige Erhöhungen der Rundfunkgebühren sind nicht erträglich. Zuvor müssen auch die Rundfunkanstalten alle Möglichkeiten der Rationalisierung und Kostensenkung ausnutzen.
- (262) Das Zeugnisverweigerungsrecht ist in umfassender Form zu gewährleisten.
- (263) Die CDU fordert für den Rundfunk neben der Ausgewogenheit ebenso den Schutz der Persönlichkeit und damit die Verpflichtung zu mediengerechter Gegendarstellung.
- (264) Der Zugang zu den publizistischen Berufen muß frei bleiben. Das Land hat zusammen mit dem Bund und den Berufsorganisationen geeignete Maßnahmen für die Fort- und Weiterbildung der publizistischen Berufe zu entwickeln und sicherzustellen.
- Die an Hochschulen spezifische und praxisbezogene Ausbildung für Journalisten wird unterstützt; sie muß verstärkt gefördert werden.
- Die soziale Absicherung der Journalisten ist zu verbessern. Alle Versorgungsansprüche müssen beim Wechsel des Arbeitsplatzes erhalten bleiben. Soweit es berufsspezifische Umstände erfordern, ist die Herabsetzung der Altersgrenze ohne Einbuße der Versorgungsansprüche zu ermöglichen.

IX. HESSEN ALS TEIL DEUTSCHLANDS

1. Für ein starkes und freies Europa

- (265) Hessen ist ein wirtschaftliches Kernland der Bundesrepublik Deutschland und damit Europas. Es ist mit seinen europäischen Nachbarn vielfältig verflochten.
- (266) Die CDU Hessen bekennt sich zu einem politischen Zusammenschluß der freien Völker Europas, der mehr sein soll als eine wirtschaftspolitische Interessengemeinschaft. Ziel ist dabei ein Bund der europäischen Staaten als eine außen-, verteidigungs-, wirtschafts- und sozialpolitische Handlungseinheit unter Wahrung der kulturellen Eigenständigkeiten und gewachsenen Identitäten der europäischen Völker.
- (267) Ziel der Europa-Politik der CDU ist eine friedliche Ordnung für Europa, die die Spaltung des Kontinents überwindet. Die politische Einheit des freien Europas wird verstanden als ein entscheidender Beitrag zu einer europäischen und weltweiten Friedensordnung.
- (268) Die Handlungsfähigkeit der europäischen Gemeinschaften erfordert die Stärkung ihrer Institutionen. Daher befürwortet die CDU die Direktwahl zum Europäischen Parlament als ersten Schritt auf diesem Wege. Das Europäische Parlament soll Haushalts-, Kontroll- und Gesetzgebungsbefugnis bekommen. Die Bestellung der Exekutive soll der Zustimmung des Parlaments bedürfen.

Der Ministerrat soll - wie im Vertrag vorgesehen - mehrheitlich entscheiden, die Befugnisse der Kommission müssen gestärkt werden.
- (269) Die europäischen Gemeinschaften sollen durch die Aufnahme beitragswilliger Staaten (wie z.B. Spanien, Portugal, Griechenland) erweitert werden. Dabei dürfen die Ziele und Ergebnisse des Integrationsprozesses sowie die Funktionsweise der Gemeinschaften nicht beeinträchtigt werden.
- (270) Die Politik für einen Zusammenschluß des freien Europas schließt die Verständigung mit dem Osten ein. Auch die Völker Mittel-, Ost- und Südeuropas sind Glieder der europäischen Völkergemeinschaft. Es bleibt daher eine zentrale Aufgabe deutscher Politik, die politischen, wirtschaftlichen, technologischen und kulturellen Beziehungen zu ihnen zu verbessern und auszubauen. Dazu gehört auch die politische Verständigung mit der Sowjetunion.
- (271) Die Verwirklichung der Menschenrechte in Gesamteuropa, insbesondere Freizügigkeit, ein allgemeines Vertreibungsverbot und ein international gesichertes Volksgruppenrecht sind wichtige Ziele unseres europäischen Bemühens.

2. Deutschlandpolitik - Bekenntnis zur Wiedervereinigung

- (272) Hessen steht als Teil der Bundesrepublik Deutschland in fortwährender und unlösbarer Verantwortung und Verpflichtung für alle Deutschen. Die CDU Hessen sieht es als vorrangige Aufgabe der deutschen Politik, Freiheit und Einheit für das ganze deutsche Volk zu erringen.
- (273) In den abgetrennten Teilen Deutschlands werden fundamentale Grund- und Menschenrechte gewaltsam verletzt. Solange der Bevölkerung in den anderen Teilen Deutschlands die Grund- und Menschenrechte vorenthalten werden, wird die CDU Hessen es

als ständige Verpflichtung ansehen, auf diese Unterdrückung hinzuweisen und alles in ihren Kräften Stehende tun, damit unseren Landsleuten in den anderen Teilen Deutschlands diese vorenthaltenen Rechte gewährleistet werden.

- (274) Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben. Alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, mit ihrer Politik auf dieses Ziel hinzuwirken. Das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Inneren wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten sowie alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln könnte.
- (275) Das Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk, die staatliche Einheit Deutschlands müssen zusammen mit der Überwindung der Teilung Europas angestrebt werden. Eine Friedensordnung für Europa bietet den Rahmen für eine Einheit des deutschen Volkes, die auf der freien Entscheidung der getrennten Teile Deutschlands beruht.
- (276) Die CDU Hessen bejaht Verhandlungen und Vereinbarungen mit der "DDR", die das Leben in unserem geteilten Land erleichtern. Sie fördert alle Verbindungen, die dem gemeinsamen Willen zur geschichtlichen und politischen Einheit der deutschen Nation entspringen und ihm dienen.

Sie wird das "Begrüßungsgeld" des Landes Hessen für Besucher aus der "DDR", Berlin (Ost) und den ost- und südosteuropäischen Staaten in Höhe von DM 20,- wieder allen Besuchern gewähren.

- (277) Das freie Berlin als ein Land der Bundesrepublik Deutschland verkörpert die Einheit Deutschlands in besonderem Maße. Sein Status ist besonders gefährdet. Zusammen mit den drei alliierten Schutzmächten ist alles zu tun, um die enge Bindung an die Bundesrepublik Deutschland, die Freiheit der Zugänge, das demokratische Leben und die wirtschaftliche Leistungskraft des freien Berlin zu gewährleisten. Die CDU Hessen unterstützt deshalb kommunale Partnerschaften mit Berlin und häufige Präsenzen politischer Gremien in Berlin als Zeichen der nationalen Verbundenheit aller Deutschen mit ihrer alten Hauptstadt.
- 3. Verteidigung - Voraussetzung der Freiheit
- (278) Die CDU bejaht die Politik des Friedens in Freiheit und der Verständigung der Völker als Grundlage deutscher Außenbeziehungen. Durch die Teilung Deutschlands und Europas als Folge des andauernden Ost-West-Konfliktes bleibt es aber ständige Aufgabe, sich gegen ideologische wie militärische Bedrohung von außen zu sichern.

Die Bundesrepublik Deutschland und das freie Europa können ihre Sicherheit und ihre Unabhängigkeit nur im Bündnis mit den Vereinigten Staaten bewahren. Die Bundeswehr trägt innerhalb der nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft wesentlich zur Sicherheit und Frieden in Europa bei. Die CDU Hessen bejaht Notwendigkeit, Wert und Aufgabe der Bundeswehr.

- (279) Aktive Friedenspolitik setzt die Bereitschaft jedes einzelnen voraus, selbst für die Bewahrung des Friedens einzutreten. Dies erfordert eine Festigung der geistig-moralischen Widerstandskraft gegenüber allen Bedrohungen. Der allgemeine Wehrdienst ist ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung des Friedens und dient der Bewahrung unserer freiheitlichen Grundordnung. Die geistige Ausstrahlung des freien Westens nach Osteuropa und in die "DDR" ist durch Unterstützung der Menschenrechtsbewegung in aller Welt zu verstärken.

(280) Im Rahmen des politischen Unterrichts und der politischen Bildung ist ein besonderes Augenmerk zu richten auf die Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ihrer verfassungsgemäßen NATO- und Bündnispolitik, die europäische Integrationspolitik, die Friedens- und Verteidigungspolitik.

Hierbei sind Auftrag und Notwendigkeit der Bundeswehr besonders zu behandeln und die Stellung der Bundeswehr sowie des einzelnen Soldaten in unserer freiheitlich-demokratischen Staatsordnung besonders zu würdigen.

(281) Die CDU Hessen bejaht den Verfassungsauftrag der Bundeswehr. Eine zukünftige CDU-Landesregierung wird alle Möglichkeiten der zivilen Verteidigung ausschöpfen, um der Bundeswehr die Voraussetzungen für die Durchführung des militärischen Verteidigungsauftrages zu schaffen.

Dafür ist es notwendig, die Zivilverteidigung in einer der Bedrohung entsprechenden sowie den Aufwendungen für die militärische Verteidigung angemessenen Form zu entwickeln.

(282) Eine CDU-Landesregierung wird eine enge Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und den Organisationen der Zivilverteidigung in folgenden Sachbereichen gewährleisten:

- Stärken des Verteidigungswillens,
- Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen,
- Zivile und militärische Zusammenarbeit,
- Stationierungs- und Raumordnungsfragen,
- Katastrophenschutz,
- Bevölkerungsschutz vor Kriegseinwirkungen.

(283) Die beste Vorbereitung der militärischen Verteidigung unseres Landes nützt wenig, wenn die Zivilbevölkerung schutzlos bleibt. Die völlige Untätigkeit der Bundesregierung auf diesem Felde ist verantwortungslos. Sie mindert auch die abschreckende Wirkung der Bundeswehr auf einen möglichen Angreifer und damit ihre friedenserhaltende Wirkung. Eine CDU-geführte Landesregierung wird über den Bundesrat dafür eintreten, daß in der Bundesrepublik Deutschland ein Schutzraumprogramm in Angriff genommen wird.

4. Zusammenarbeit mit Bundesgrenzschutz

(284) Die gesetzliche Aufgabenstellung für den Bundesgrenzschutz erfordert auch künftig uneingeschränktes Festhalten am truppenpolizeilichen Charakter der Polizei des Bundes.

(285) Schwerpunkt der Aufgaben des Bundesgrenzschutzes ist nach wie vor der grenzpolizeiliche Schutz des Bundesgebietes. Deshalb darf die Stärke der derzeit im gesamten Grenzbereich verfügbaren Verbände nicht herabgesetzt werden. Diese Aufgabe erfordert auch für die Zukunft strukturelle Unterschiede der Polizei der Länder.

Sie erfordert auch den Status rechtmäßiger Kombattanten bei bestimmten Situationen. Dieser Status muß bis zur Schaffung geeigneter Schutzbestimmungen in einer internationalen Polizeikonvention beibehalten werden.

(286) Neben dem grenzpolizeilichen Schutz des Bundesgebietes steht die Aufgabe der Ausbildung des Bundesgrenzschutzes zur Unterstützung der Landespolizei in Fällen von besonderer Bedeutung und in Fällen des Inneren Notstandes gem. Art. 91 GG

entsprechend dem Programm für die innere Sicherheit der Ständigen Konferenz der Innenminister/Senatoren des Bundes und der Länder vom Juni 1972.

Die Ausbildung für diese Fälle erfordert eine rasche Übereinkunft über ein einheitliches Polizeigesetz für Bund und Länder.

(287) Für diese Aufgaben sowie für die ihm zufallenden Aufgaben im Katastrophenschutz, bei Notstandsfällen und im Spannungs- und Verteidigungsfall ist der Bundesgrenzschutz uneingeschränkt mit allem dazu erforderlichen und geeigneten Material und den entsprechenden Mitteln auszustatten.

(288) Soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben des BGS notwendig ist, sind gemeinsame Ausbildungsgänge und Übungen mit der Polizei, aber auch die Beteiligung zuständiger anderer Behörden erforderlich und vorzusehen.

(289) Dem Bundesgrenzschutz kommt eine wichtige Aufgabe bei der staatsbürgerlichen Information über die tatsächliche Situation an der innerdeutschen Grenze zu, die er in der Vergangenheit korrekt wahrgenommen hat und in Zukunft verstärkt fortsetzen muß.

5. Verantwortung im Bundesrat

(290) Die CDU vertritt einen kooperativen Föderalismus, der gekennzeichnet ist durch das vertrauensvolle Zusammenwirken der Bundesländer untereinander und mit den bundesstaatlichen Organen.

(291) Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mit. Eine CDU-Landesregierung wird ihre Mitwirkung im Bundesrat allein an den verfassungsmäßigen Bestimmungen, sachlichen Gesichtspunkten und landespolitischen Erfordernissen ausrichten.

(292) Die CDU Hessen sieht im Bundesrat kein Instrument zur Durchsetzung parteipolitischer Interessen, um etwa die Politik einer an anderen Mehrheitsverhältnissen orientierten Bundesregierung zu unterlaufen.

(293) Eine CDU-Landesregierung wird den Landtag über ihre Tätigkeit im Bundesrat und insbesondere über die dort zu treffenden wichtigen Entscheidungen laufend und rechtzeitig unterrichten.

ZEHN LIBERALE LEITSÄTZE FÜR DAS LAND HESSEN
=====

I. Der demokratische Wechsel ist überfällig

Die Demokratie braucht den Wechsel zwischen Regierung und Opposition. In Hessen ist der Wechsel überfällig. 33 Jahre Dauerherrschaft der SPD müssen jetzt ein Ende haben.

Zu der Demokratie genügt es nicht, nur den Mann an der Spitze auszuwechseln und die alte Politik am Bürgerwillen vorbei weiterzubetreiben. Hessen kann nur dann liberal erneuert werden, wenn die SPD am 8. Oktober abgelöst wird.

II. F.D.P. verweigert liberale Erneuerung seit 1970

1970 verlor die SPD die absolute, 1974 die relative Mehrheit in Hessen. Seit acht Jahren verweigert die F.D.P. diesem Lande die liberale Erneuerung, weil sie die Herrschaft der SPD um zweimal vier Jahre verlängert hat. Die F.D.P. steht damit in voller Verantwortung für alle Skandale und Fehlentscheidungen, die es seit 1970 in diesem Lande gegeben hat.

Die F.D.P. hat am 17. Juni 1978 zum vierten Male ein Koalitionsangebot der CDU zurückgewiesen und will der SPD in Hessen das 34. bis 37. Regierungsjahr ermöglichen. Daher können liberale Wähler am 8. Oktober nur CDU wählen. Die F.D.P. braucht die Chance einer inhaltlichen Erneuerung in der Opposition.

III. Die CDU Hessen ruft jetzt alle, die die liberale Erneuerung Hessens wollen

Die CDU Hessen hat ein Programm, das alle Bürger akzeptieren können. Im einzelnen:

1. Schule ohne parteipolitische Zwänge

Vielfalt und Wahlfreiheit sind die Grundlagen eines liberalen Bildungswesens. Diesem Prinzip widerspricht eine Schulpolitik, die mit Hilfe von flächendeckenden integrierten Förderstufen und Gesamtschulen ein Einheitschulsystem errichten will. Die CDU wird die Vielfalt im Schulwesen bewahren, verlorene Wahlmöglichkeiten für Eltern und Schüler wiederherstellen und für die Durchlässigkeit der Bildungswege sorgen. Änderungen im Schulbereich werden künftig in enger Zusammenarbeit mit Eltern und Lehrern vorgenommen und keinesfalls gegen den Willen der Eltern durchgeführt. Das Elternrecht wird ausgebaut.

Die Anstrengungen der CDU werden sich darauf konzentrieren, die praktischen Mängel im Schulalltag zu beheben (Unterrichtsausfall, überlange Schulwege, unzureichende Lernmittelausstattung, Massenschulen).

2. Berufliche Bildung aufwerten

Die CDU hat es von Anfang an als einen entscheidenden Fehler der Bildungspolitik angesehen, das Schulwesen einseitig auf Abitur und Studium auszurichten. Hauptschulen und Realschulen müssen als selbständige und gleichwertige Bildungseinrichtungen innerhalb des gegliederten Schulwesens verstärkt gefördert werden.

Die CDU wird die berufliche Bildung ausbauen und ihr damit den Rang zurückgeben, der ihr als Bildungsweg für rund drei Viertel der jungen Generation zukommt. Eine verbesserte Abstimmung zwischen schulischer und betrieblicher Ausbildung, überbetrieblichen Ausbildungsstätten, eine Verbesserung der Lehr- und Lernmittelsituation und zusätzliche Alternativangebote zum Hochschulstudium werden die Gleichwertigkeit von beruflichen und allgemeinen Bildungsgängen herstellen.

3. Leistungsfähige Hochschulen - Schluß mit der politisierten Wissenschaft

Die hessischen Hochschulen sind mit politischen Mitteln, vor allem durch eine verfehlte Gesetzgebung, auf künstliche Weise leistungsunfähig gemacht worden: Das zeigt sich an uferlosen Gremiensitzungen, aufgeblähter

Bürokratie, an der Abwanderung profilierter Wissenschaftler und dem ungezügelt Treiben extremistischer Gruppen. Das ist das genaue Gegenteil einer liberalen Politik.

Die Hochschulen müssen wieder ungehindert ihren eigentlichen Aufgaben nachkommen: Forschen, Lehren und Lernen. Die CDU wird die Hochschulverwaltung entbürokratisieren, das Gremienwesen einschränken, staatliche Verwaltung und akademische Selbstverwaltung trennen, für qualifizierte Wissenschaftler wieder ordnungsgemäße Arbeitsbedingungen schaffen, den Mißbrauch in den studentischen Vertretungsorganen abstellen. Die lernwilligen Studenten sind zu schützen, die Freiheit der Forschung und Lehre ist zu sichern; für Störer ist an den Hochschulen kein Platz.

Die Fachhochschulen sollen ein besonderer Entwicklungsschwerpunkt sein. Sie dürfen nicht in Gesamthochschulen aufgehen, sondern müssen einen eigenständigen Bildungsauftrag als Stätten anwendungsbezogener Lehre und Forschung behalten.

4. Sicherheit - Grundlage der Freiheit

Sicherheit vor Kriminalität und Terror sind unverzichtbare Voraussetzungen der Freiheit jedes einzelnen. Die CDU wird die Polizei durch eine bessere personelle und materielle Ausstattung in die Lage versetzen, Kriminalität und Terrorismus nachhaltig zu bekämpfen. Dabei gilt der ortsnahe Präsenz (Polizeikontaktviere, kleine Polizeistationen, mehr Fußstreifen) besondere Beachtung. Es müssen mehrere kleine Justizvollzugsanstalten in allen Landesteilen gebaut werden.

Innere Sicherheit bedeutet auch Wachsamkeit gegenüber Extremisten. Die CDU lehnt die Einstellung von Verfassungsfeinden in den öffentlichen Dienst ab. Insbesondere können Kommunisten keine Lehrer an Hessens Schulen sein. Bei der Bewertung der Verfassungsfeinde wird die CDU allein objektive Merkmale entscheiden lassen. "Jugendsünden" bleiben dabei außer Betracht, Gesinnungsschnüffelei findet nicht statt. Das geltende Recht wird strikt eingehalten und angewendet.

Die Verfahrensdauer von Prozessen in allen Zweigen der Gerichtsbarkeit wird durch personelle Verstärkung der Justiz herabgesetzt.

5. Gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Hessen

Die CDU nimmt den gesetzlichen Auftrag ernst, in allen Teilen des Landes wertgleiche Lebensbedingungen herzustellen. Sie wird den ländlichen Raum als Alternative zum Rhein-Main-Gebiet fördern. Arbeitsplätze müssen möglichst dort geschaffen werden, wo die Menschen wohnen. Dabei ist das ortsansässige Gewerbe besser zu berücksichtigen. Die Erhaltung der Landschaft, Verstärkung der Denkmalspflege, vorsichtiger Umgang mit der Natur und allen Bodenschätzen sind Gebote einer Umweltpolitik in einem richtig verstandenen, erweiterten Sinne, die nicht allein auf Fragen der Kernenergie fixiert ist. Die CDU ist sehr mißtrauisch gegen alle Gefahren der Kernenergie und stellt die Sicherheit der Bevölkerung in den Vordergrund. Aber ohne maßvolle Nutzung der Kernenergie ist die Deckung auch eines durch Sparmaßnahmen reduzierten Energiebedarfs vorerst nicht möglich. Die CDU wird die Erforschung neuer Energien und Maßnahmen zur Energieersparnis mit Nachdruck vorantreiben.

6. Soziale Verantwortung ohne staatliche Bevormundung

Die CDU vertritt die liberale Meinung, daß freie Träger von sozialen Einrichtungen grundsätzlich Vorrang vor staatlichen Einrichtungen haben müssen, wenn mit ihnen die gleichen Ziele erreicht werden. Die freien Kräfte sind in ihrem sozialen Bemühen vom Staat dort zu unterstützen, wo sie ihre Aufgaben nur mit Hilfe öffentlicher Mittel bewältigen können. Daneben gilt es, das ehrenamtliche Element im sozialen Bereich zu stärken, und so das Gefühl der

Verantwortung in der Gemeinschaft wieder zu wecken. Altenpflegeeinrichtungen sind ein vorrangiges Investitionsproblem der nächsten Jahre.

7. Bürgergerechte Verwaltung, keine Parteibuchwirtschaft

Die CDU sieht es als ihre Aufgabe an, eine leistungsfähige, bürgernahe und wirkungsvoll arbeitende Verwaltung zu erhalten. Auch die öffentliche Verwaltung muß nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip organisiert und geführt sein. Die CDU wird die SPD-Parteibuchwirtschaft beenden. Einstellung, Aufstieg und Aufgabenzuweisung werden ausschließlich nach Eignung und Leistung erfolgen.

8. Gegen Gesetzesflut und Verwaltungswirrwarr

Der Bürger wird immer mehr verwaltet, das Land immer weniger regiert. Die CDU wird die Gesetzesflut stoppen. Jede einzelne Vorschrift wird sorgfältig auf ihre Notwendigkeit überprüft und daraufhin, ob sie dem Bürger wirkliche Verbesserungen bringt. Bestehende Gesetze sowie Verwaltungsvorschriften, Erlasse usw. werden durchforstet mit dem Ziel, Gesetzesflut und Verwaltungswirrwarr einzudämmen. Eine liberale Regierung muß sich daran messen lassen, wie viele Verwaltungsvorschriften sie aufgehoben, und nicht daran, wieviel Papier sie produziert hat. Bagatellsteuern und ertragsunabhängige Steuern, insbesondere die arbeitsplatzgefährdende Lohnsummensteuer und die Gewerkekapitalsteuer müssen abgebaut werden.

9. Wiederherstellung der historischen Städte Gießen und Wetzlar

Mit der Gebietsreform in Hessen wurde den Bürgern gegen ihren Willen eine Konzeption übergestülpt, die sie ablehnen. Weitere Wege, höhere Verwaltungskosten, unübersichtlichere Instanzen und eine Erhöhung der Zahl der Verwaltungsebenen sind die Folge. Das Sinnbild einer bürgerfernen Gebietsreform ist das Gebilde "Lahn". Die CDU wird diese Retortenstadt umgehend auflösen.

Im übrigen werden wir für das ganze Land einen Korrekturplan erarbeiten und nach Erörterung mit den Bürgern verabschieden, durch den die schlimmsten Fehlleistungen der sogenannten Verwaltungsreform beseitigt werden.

10. Sachbezogene Mitarbeit im Bundesrat

Die CDU wird ihre Mitwirkung im Bundesrat allein an den verfassungsmäßigen Bestimmungen, sachlichen Gesichtspunkten und landespolitischen Erfordernissen Hessens ausrichten. Sie sieht im Bundesrat kein Instrument zur Durchsetzung parteipolitischer Interessen, um die Politik einer SPD/F.D.P.-Koalition in Bonn durch eine andere Bundesratsmehrheit zu unterlaufen. Der Bundesrat ist als Gegenregierung völlig untauglich.

WEG MIT DEM AKTENSTAUB!

Programme der CDU gegen Bürokratisierung und Papierlawine

In unserem Land wird alles und jedes durch eine Flut von Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien und Erlassen geregelt. Beispiel: Wer auf einem Schulfest für seine Mitschüler Waffeln bäckt, braucht eine gesundheitspolizeiliche Erlaubnis!

Alfred Dregger hat daher ein 12-Punkte-Programm gegen Bürokratisierung und Papierlawine ausgearbeitet. Es ist für eine Landesregierung der CDU unter seiner Führung verbindlich. Wir wollen, daß alle Bürger in unserem Land freier leben können. Im Folgenden die wichtigsten 7 Punkte unseres Programmes:

1

Wir stoppen die Vorschriftenflut

Wir durchforsten die Landesgesetzgebung und verringern sie stark. Wir machen die Amtssprache verständlicher und einfacher. Wir sorgen für klare, eindeutige Zuständigkeiten und Befugnisse der Behörden.

2

Wir bauen die Schul- und Kultusbürokratie ab

Hier gibt es die meisten unnötigen Vorschriften. Daher werden die besten Beamten im Kultusministerium zur Aufhebung von Vorschriften eingesetzt – nicht wie bisher zur andauernden Produktion.

3

Wir vereinfachen das Steuersystem

Wir bauen arbeitsplatzfeindliche Steuern ab (z. B. Lohnsummensteuer). Wir beseitigen den Tarifsprung bei der Lohn- und Einkommensteuer (bisher Sprung von 22 auf 31,8 Prozent). Wir schaffen die Getränke- und Schankerlaubnissteuer ab. Wir vereinfachen die Steuervorschriften, damit jeder wenigstens seine Steuererklärung verstehen kann.

4

Wir beseitigen die schlimmsten Fehler der Gebietsreform

Wir lösen die Stadt „Lahn“ auf, stellen Gießen und Wetzlar wieder her, ordnen den mittelhessischen Raum neu mit den Landkreisen Gießen, Wetzlar und dem Dillkreis. Danach

erarbeiten wir einen Korrekturplan in Sachen Gebietsreform für das gesamte Land Hessen. Er wird nach Abstimmung mit den Bürgern, den betroffenen Gemeinden, Städten und Kreisen als Gesetz im Hessischen Landtag eingebracht. Die schlimmsten Fehlleistungen werden behoben, aber nicht erneut alles umgekrempelt.

5

Wir verkürzen das Baugenehmigungsverfahren

Die Vorschriftenflut im Bauwesen (heute mehr als 200 verschiedene Bestimmungen) vermindern wir stark. Städte und Gemeinden sollen von allzu perfekten Bausatzungen Abstand nehmen. Wir setzen den Behörden, die am Baugenehmigungsverfahren beteiligt sind, Fristen, innerhalb derer sie sich äußern müssen. Ziel ist die Baugenehmigung in 6 Wochen für einfache Bauvorhaben.

6

Wir geben den Gemeinden, Städten und Kreisen mehr Freiheit

Wir stärken die Entscheidungsbefugnis der Gemeinden, damit die Bürger nicht wegen jeder Kleinigkeit ins Landratsamt müssen. Ebenso vergrößern wir die finanzielle Entscheidungsfreiheit der Gemeinden, Städte und Landkreise: „Vorgesetzte Dienststellen“ müssen nicht überall dazwischenfunken.

7

Wir bauen den Klageberg ab

Viele Bürger müssen jahrelang auf Urteile der Gerichte warten. Wir beseitigen diesen unmöglichen Zustand, indem wir zusätzliche Richterstellen bereitstellen und den Gerichten wissenschaftliche Mitarbeiter sowie Schreibkräfte im nötigen Umfang zuweisen. In 2 Jahren wird der „Klageberg“ an Hessens Gerichten abgebaut sein.

**Nur die CDU hat die Kraft, entscheidende Schritte
gegen die anwachsende Bürokratie zu unternehmen.
Geben Sie Alfred Dregger und seiner Mannschaft daher
am 8. Oktober Ihre Stimme.**

**Alfred Dregger hat die Tatkraft
und den Mut, für mehr Freiheit und
weniger Bürokratie zu sorgen!**

CDU 
besser für Hessen!

Verantwortlich: CDU Hessen (Dr. Wolf), 6200 Wiesbaden
Druck: Kunze u. Partner, Mainz
1978